

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 72 SONNTAG, 28. Okt. 1934

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Die spanische Kommune
Lerne kaufen ohne zu zahlen!
Futterkrippen engros
Babylonische Verwirrung bei Hitler

Saar und Kriegsgefahr

Mit der Freiheitsfront gegen Hitler für Deutschland!

Eines der brennendsten Probleme Europas ist heute das Saarproblem. Wie ist es entstanden, worin besteht es?

Vor zwei Jahren gab es kein Saarproblem. Es gab nur die Gewißheit einer Volksabstimmung, die mit 95 bis 99 Prozent für Deutschland entscheiden würde. Von einer Kriegsgefahr hätte damals nur ein Narr reden können.

Dann kam Hitler. Seit Hitler da ist, besteht keine Sicherheit mehr darüber, wie sich das Saarvolk entscheiden wird, und der 13. Januar 1935 gilt als kritischer Tag der ersten Ordnung für den europäischen Frieden.

Das Saarvolk ist heute — wie das Auslandsdeutschtum überall — zerrissen. Ein Teil will zu Deutschland zurück trotz alledem jetzt schon. Der andere Teil — will auch zu Deutschland, aber jetzt nicht!

Am 13. Januar fällt die Entscheidung zwischen der Rückkehr zu Deutschland und der Beibehaltung des Völkerbundesregiments, dem sogenannten Status quo. Der Anschluß an Frankreich, im Friedensvertrag theoretisch vorgesehen, kommt praktisch nicht in Betracht.

Was bedeutet der Sieg des Status quo? Er bedeutet einen furchtbaren Schlag gegen das braune Regime, seine lebensgefährliche Erschütterung. Darum ist die Parole der in der Freiheitsfront vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten richtig: **„Für Deutschland gegen Hitler!“**

Millionen Deutsche, die den wirtschaftlichen Verfall, die politische Knechtung im Dritten Reich schmerzhaft fühlen, glauben dennoch alles tragen zu müssen, weil sie an den Erfolg der Nationalpolitik Hitlers glauben. Sie haben noch nicht erkannt, daß gerade diese Nationalpolitik Hitlers eine Kette von Bankrotten ist und daß sie beseitigt werden muß, wenn das Leben der Nation gerettet werden soll. Geschieht nun am 13. Januar das jenen Kreisen Unfaßliche, verweigert das Saarvolk seinen Anschluß an Deutschland, dann werden gerade den ehrlich Nationalgegnern die Augen aufgehen, sie werden mit Entsetzen bemerken, wohin Hitler sie geführt hat.

Das braune Regime kämpft an der Saar um sein Leben. Es wird vor keinem Mittel zurückschrecken, um das Abstimmungsergebnis für sich günstig zu gestalten oder — wenn die Gefahr zu groß ist — die Abstimmung gewaltsam zu verhindern.

Was tut der Völkerbund? Er regiert mit seiner Regierungskommission gemäßigt liberal. Die Regierungskommission verbietet gelegentlich, um ihre Unparteilichkeit zu beweisen, auch sozialdemokratische Zeitungen. Den Terror der sogenannten deutschen Front wirksam zu bekämpfen, fehlen ihr die Machtmittel. Die Werber Hitlers riskieren so gut wie nichts. Die Anhänger des Status quo riskieren im Falle der Niederlage den Verlust von Heimat und Habe, Freiheit und Leben.

Wie es an der Saar aussieht, zeigt auch das Beispiel der katholischen Kirche. Die Kirche weiß sehr genau, daß sie bei einem Anschluß an Hitlerdeutschland nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat. Aber sie fürchtet die Rache der Machthaber in Deutschland. Sie ist in ihrer Entscheidung unfrei.

Noch in anderer Weise sind die Kämpfer der Freiheitsfront im Nachteil. Der Friedensvertrag kennt als Abstimmungsergebnis nur ein Definitivum. Ginge es nach seinem Wortlaut, so müßte die Saar nach einem Sieg des Status quo für alle Zeiten vom Völkerbund regiert werden. Das aber will kein Mensch. Wer für den Status quo stimmt, der tut es in der Absicht, die Rückkehr aufzuschieben, bis Deutschland wieder ein zivilisierter Staat geworden ist.

Darum muß man vom Völkerbund wenigstens das eine verlangen: Er muß klar und unzweideutig erklären, daß der Wille der Status-quo-Wähler respektiert und der Weg zu einer nochmaligen Entscheidung offengehalten werden soll. Dem Geist des Selbstbestimmungsrechts widersprechend und höchst illoyal wäre es, wenn man einem Volk einen Zustand als Definitivum aufzwingen wollte, den es nur als Provisorium wünscht. Daß dies nicht geschehen soll, darüber muß noch rechtzeitig volle Klarheit geschaffen werden.

Gelingt es dem Völkerbund so oder so mit leidlicher Ordnung über die Abstimmung hinwegzukommen, so ergeben sich für ihn neue Probleme. Bleibt der Status quo, so wird das innere Regime mehr als bisher auf den Boden der Selbstverwaltung zu stellen sein. Im Falle eines Sieges Hitlers muß aber der Völkerbund diejenigen schützen, die in der Minderheit geblieben sind. Er darf das Land nicht räumen, um dem Mord und dem Totschlag Platz zu machen.

Nach dem Friedensvertrag muß Deutschland im Falle seines Sieges die Kohlengruben von Frankreich zurückkaufen. Ueber die Modalitäten dieses Rückkaufs wird verhandelt werden. Wichtiger aber als Frankreichs Geld sind Leben und Freiheit jener ungezählten Tausende, die bei einem Einbruch der braunen Barbarei auf das Aeußerste bedroht sind. Sie schutzlos ihren Peinigern preiszugeben, wäre schimpflich.

Es gibt also heute ein verwickeltes und gefährliches Saarproblem. Aber dieses Problem ist erst durch den Sieg der braunen Piraten über die anständige und friedliche Mehrheit des deutschen Volkes entstanden. Wenn Hitler noch vor dem 13. Januar stürzt, wenn das Regiment des Verbrechens verschwindet, dann gibt es kein Saarproblem mehr, dann ist eine fast einstimmige Entscheidung und die reibungslose Rückkehr der Saar für Deutschland gesichert. Nur weil in Deutschland heute Verbrecher regieren, Recht und Freiheit von dort verschwunden sind, wehren sich heute Hunderttausende von Auslandsdeutschen verzweifelt dagegen, Untertanen dieses entarteten Staatswesens zu werden. Daß es ein Saarproblem gibt, daß es eine Kriegsgefahr an der Saar gibt, ist einzig und allein Hitlers Schuld. Darum stehen wir zur Parole der Freiheitsfront an der Saar: **„Gegen Hitler für Deutschland!“**

„Turmbau von Babel“ und „blinder Hödur“

Einer beginnt zu sehen!

„Turmbau von Babel“ und „blinder Hödur“

Führende Zeitschrift der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ist „Die deutsche Volkswirtschaft“. Führender Mann dieser Zeitschrift ist Dr. Hunke, M. d. R.

Dr. Hunke, M. d. R. schreibt in der „Deutschen Volkswirtschaft“ über: „Die Lage“:

Die Lage ist nach Dr. Hunke so, daß die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches (wörtlich) „an die Geschichte vom Turmbau von Babel erinnert“. Und nicht nur das! Da sich Dr. Hunke schon einmal in Babel befindet, hängt er auch seine Harfe an die Weiden und weint:

„Wir haben vielfach den Weg so genommen, daß wir die Begriffe bestehen ließen und wir nun ihren Sinn wandelten. Das ist in stillschweigender Uebereinkunft geschehen.“

Diese Methode hat aber ihre Grenzen. Wenn z. B. in der Wirtschaftstheorie

je nach Bedarf die freie oder die gebundene Wirtschaft als nationalsozialistisch angesehen wird,

dann besteht die Gefahr, daß das Salz (nicht nur dieses! Red. d. N. V.) dünn wird. Wenn eine Seite die Wirtschaftslenkung als nationalsozialistisch bezeichnet und dementsprechend in der Praxis reglementiert, die andere aber die freie Wirtschaft in der Praxis fordert — dann wird die Praxis sehr bald so aussehen, daß in der allgemein entstehenden Unsicherheit die überwunden geglaubten Theoretiker und Praktiker wieder Oberwasser haben.

In dieser Weise lassen sich Hunderte von Beispielen, die uns zeigten,

wie Welten miteinander ringen, die sich beide als nationalsozialistisch bezeichnen.

Es überrascht dabei nicht, daß die nichtnationalsozialistische in bekannter Weise der nationalsozialistischen die Bezeichnung nationalsozialistisch abspricht.“

Mit anderen Worten, die Herrschaffen haben so sehr „den Sinn der Begriffe gewandelt“, d. h. das Blaue vom Himmel heruntergeschwemmt, daß sie nun selber nicht mehr wissen, was und wer und wo sie sind. Darum fordert Dr. Hunke die „Freisetzung von alten

bewährten nationalsozialistischen Kräften, die sich dann ausschließlich mit der Begründung und Ausbildung einer nationalsozialistischen Wirtschaftslehre und -theorie zu befassen hätten“. Er begründet diese Forderung folgendermaßen:

„Eine bewußte Tat erfolgt nur aus einer klaren Grundhaltung heraus und hat ihren Grund in einer fundierten Weltanschauung. Ohne diese ist sie stets die Tat des blinden Hödur.“

Dr. Hunke ist in seiner Erkenntnis noch nicht weit genug fortgeschritten, um zu sehen, was „nationalsozialistische“ Wirtschaftspolitik in Wirklichkeit ist, nämlich die korrupteste kapitalistische Interessenpolitik, eingehüllt in ein paar „sozialistisch“ klingende Phrasen. Weil er das noch nicht sieht, wohl auch nicht schon darf, so sieht er nur Wirrwarr, Unklarheit, Widersprüche, Zweideutigkeit, Turmbau von Babel und Taten des blinden Hödur. Wie aber muß es nach zwanzig Monaten Naziherrschaft um die deutsche Wirtschaft bestellt sein, wenn sich der Brust eines „führenden“ braunen Wirtschaftspolitikers ein solcher Verzweiflungsschrei entringt!

Sie haben nichts versprochen!

Sie ziehen wieder einmal landauf, landab und reden, reden. Reichsführer, Reichsstatthalter, Gauleiter, Kreisleiter — und was sie reden, ist immer wieder dasselbe: **„Wir haben nichts versprochen!“** Hitler selbst hat damit angefangen, dann kam Göbbels, nach ihm Rosenberg, und nun drehen sie alle die gleiche Walze. Sie haben auf einmal alle nichts versprochen. Nichts von Rettung der Wirtschaft, Aufstieg des Mittelstandes, Arbeit und Brot, nichts vom besseren Leben, nichts, garnichts!

Es ist erst zwei Jahre her, daß Hitler erzählte, er habe einen fertigen Plan zur Rettung der Wirtschaft, zur Behebung der Krise. Damals wurde der Inhalt dieses angeblich vorhandenen Plans streng geheim gehalten — damit nicht die politische Konkurrenz ihn ohne Hitler ausführe! So redeten sie damals, so stellten sie sich als die Retter hin, die am Tage der Revolution nur in die Schublade zu

greifen brauchten, um den Plan der Rettung und Weltbeglückung hervorzuziehen! Am 1. Mai 1933 prolongierte Hitler seinen Zukunftswechsel um fünf Jahre — aber die Versprechungen blieben aufrechterhalten! Haben sie dann nicht während der sogenannten Arbeitsschlacht immer wieder versichert, eigentlich seien die Versprechungen schon erfüllt, die Wirtschaft gerettet und das Paradies auf die deutsche Erde gekommen?

Heute zucken sie mit den Achseln: **„Versprochen? Wir haben nichts versprochen!“**

Aber sie versprechen immer weiter! Versprechen sie nicht dem deutschen Volk den Frieden mit feierlichen Beteuerungen? Eines Tages werden sie auch über diese Versprechungen die Achseln zucken und erklären: **„Frieden versprochen? Wir haben nichts versprochen!“**

Christian Ferkel tot

In diesen Tagen hat Europa um die Opfer des Mordes von Marseille getrauert. Viele Städte hatten Trauergewand angelegt, und in den Kinos konnte man die vielen Tausende sehen, die ihren Herrscher auf seiner prunkvollen letzten Fahrt begleiteten. Der Tod der Opfer von Marseille ist tragisch genannt worden, aber was ist diese Tragik, verglichen mit der jener stummen Helden, wie sie täglich dem Schrecken des Hitlerregiments zum Opfer fallen! Eine schlichte Anzeige in einer Leipziger Zeitung, in der die Bekanntgabe der Todesursache fehlen mußte, bat uns den Tod eines unserer Besten gemeldet. Christian Ferkel, ehemals sozialdemokratischer Abgeordneter des Sächsischen Landtages und Bevollmächtigter der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes der Lithographen und Steindruckere, war im August von den Häschern des Dritten Reiches verhaftet und, wie seine Mitgefangenen, der Folter barbarischer Mißhandlungen unterworfen worden. An ihren Folgen ist er, ein kräftiger Mann von etwas mehr als fünfzig Jahren, nach vierzehn qualvollen Wochen, in der Gefängniszelle gestorben, am 16. Oktober ist er eingäschert worden.

Er wirkte, ein geborener Bayer, 1918 und

1919 neben Kurt Eisner in München und später in der Münchener Räterepublik. Er war ein aufrechter Kämpfer, von vollkommener Lauterkeit und großer Güte, restlos der Sache der Arbeiterschaft hingegeben, rastlos gedanklich um die Fragen der Arbeiterbewegung ringend, aufgeschlossen allem Guten und Schönen, der beste Kamerad seinen Kameraden, der treueste Freund seinen Freunden, vornehm und sachlich auch im Kampfe mit seinen Gegnern. Wenige genossen wie er die Achtung der Leipziger Arbeiter, und er gehörte zu denen, die schon früh und immer wieder auf die politischen Fehler hingewiesen haben, die er als verhängnisvoll erkannt hatte und die es dann auch geworden sind.

Im sächsischen Landtag war er einer der energischsten Vertreter der sozialistischen Idee. Immer vorwärtstreibend, immer mahnend, unerbittlich in der Sache, vornehm in der Form, so stand er in der Fraktion und im Plenum, von den Freunden geliebt, von den Gegnern geachtet. Seine Wahrheitsliebe ließ ihn jedes demagogische Argument verachten, seine politische Linie entsprach der Lauterkeit seines Charakters.

Er ist ein guter Mann gewesen, aber allen denen, die mit ihm wirken durften und unter denen er gewirkt hat, war er viel mehr!

Wieviele wurden ermordet?

Die Statistik über die Sterblichkeit im ersten Vierteljahr 1932, 1933 und 1934 gibt die Bewegung über dieses Gebiet der Bevölkerungsvorgänge wieder. Sie zeigt, daß im ersten Vierteljahr 1933 die Sterblichkeit in Deutschland bedeutend höher war als im gleichen Vierteljahr des Jahres vorher und des Jahres nachher. Es betragen die Sterbeziffern der über Einjährigen auf je tausend Einwohner und auf ein volles Jahr berechnet im ersten Vierteljahr: 1932 10,6, 1933 12,4, 1934 10,7.

Das erste Vierteljahr 1933 brachte die Machtübernahme durch Hitler.

Es kam dabei zwar nicht zur „Nacht der langen Messer“, aber vorher und nachher wurden in Deutschland viele hunderte Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden ermordet oder totgeschlagen.

Die Statistik führt die hohe Sterblichkeitsziffer vor allem auf die in den ersten Monaten 1933 angeblich grassierende Grippe zurück. Sie muß aber doch zugeben, daß in den Gemeinden mit über 15.000 Einwohnern die Zahl der an Gehirnschlag und Lähmung ohne nähere Angaben, an Herzkrankheiten und Lungenentzündung Gestorbenen im ersten Vierteljahr 1933 bedeutend höher war, und zwar um 1426.

Es ist bekannt geworden, daß bei einer ganzen Anzahl von Opfern, die den MIB-Handlungen in den SA-Kasernen, den Gefängnissen und den Konzentrationslagern erliegen sind, der nationalsozialistische Arzt als Todesursache Gehirnschlag, Herzschlag, Herzkrankheiten oder Lungenentzündung amtlich festgestellt hat. Außerdem kamen im ersten Vierteljahr 1933 215 Personen durch Mord und Totschlag ums Leben. Auch diese Ziffer liegt erheblich über denen der Jahre 1932 und 1934. Die Mehrzahl ist als Opfer der SA und SS gefallen.

Es erscheint demnach in diesen hohen Sterblichkeitsziffern ein Teil der von den Faschisten gemordeten Opfer wieder.

Entgegen den periodisch wiederkehrenden Beteuerungen der führenden Nationalsozialisten, die kaum 30 bis 40 Opfer ihrer „Revolution“ zugeben, ist die Zahl der bei der Aufriechung des faschistischen Terrorregimes Gemordeten vorsichtig mit mindestens 1500 Personen einzusetzen. Für diese Ziffer gibt die amtliche Bevölkerungsstatistik die Unterlage.

Das Alibi

Auf einer Tagung der Pommerschen Ortsamtsleiter der NS-Volkswohlfahrt sprach der Kreisamtsleiter Kröhl aus Wolfshagen. In dem Bericht der „Pommerschen Zeitung“ heißt es u. a.:

„Erinnernd an vorgekommene schmutzige Angriffe seitens irgendwelcher Individuen auf diesen oder jenen Amtswalter der NSV., mit denen man ja oft sehr schnell bei der Hand sei, ernannte der Kreisamtsleiter alle, jeden Eingang und Ausgang, und sei es auch nur das Geringste, genauestens zu notieren, damit man jene Menschen, die gewissenlos die Ehre Tag für Tag selbstlos für das deutsche Volk sich einsetzender Parteigenossen anzustreben versuchten, dahin bringen könne, wo sie hingehören.“

Wenn sich die Herren Ortsamtsleiter schon die Aus- und Eingänge, „und sei es auch nur das Geringste, genauestens“ notieren sollen, um sich ein Alibi zu verschaffen, so kann man sich ungefähr denken, wie schlecht das Gewissen ist, das die Korruptoren der NS-Volkswohlfahrt mit sich herumtragen!

Kirchenspaltung - Kirchenkrieg

Aus der Siegesfeier, die Hitler schon Anfang dieser Woche mit seinen Reichsbischöfen abzuhalten gedachte, ist vorläufig nichts geworden, weil statt der erhofften vollständigen Unterwerfung zunächst einmal die Spaltung gekommen ist. Die gewaltsame Zerschlagung der süddeutschen Landeskirchen durch Müller und seinen schwertgläubigen »Rechtswalter« Dr. Jäger hat die Barmer Bekenntnissynode mit dem Schisma, mit der Trennung von der Reichskirche beantwortet. Die größte Zahl der evangelischen Pfarrer, auch jene, die sich dem Zwang fügten und deren Bischöfe sich aus Angst vorm K.-Z. gleichschalten ließen, stehen heute mit ihren Sympathien bei der Barmer Opposition. Und doch sind diese Kirchenbeamten schon vor dem 5. März gern bereit gewesen, dem Hitlerismus zu dienen und treue Stützen dieses Systems zu sein! Es war eine politische Leistung sondergleichen, diese staatsfrommen Pfarrer in wilde Opposition zu treiben, sie aus Sympathisierenden zu Gegnern der braunen Diktatur zu machen. Der »neue Luther« aus Braunau darf sich rühmen, das »Werk Luthers« völlig zerschanden geeinigt zu haben. Wahrscheinlich sind unter den oppositionellen Pfarrern nicht wenige, die dem braunen Faschismus von vornherein kritisch gegenüber standen, faktisch jedoch beginnt die geistige Zersetzung bereits in jener Vergangenheit, da diese Kirche zuließ, daß sich verschiedene ihrer Diener in den Dienst der hakenkreuzlerischen Rassen- und Mordhetze stellten. Denn die tieferen Ursachen dieses ersten protestantischen Schismas liegen nicht nur in der Unzurechnungsfähigkeit des großen Einigers Hitler, sondern vor allem im Gegensatz zwischen Sadismus und Evangelium. Die Kirche sollte gleichgeschaltet werden, weil sie einen Rest geistiger Freiheit darstellte, weil Rassenhetze, Arierparagraph und Jesus' Menschheitsreligion immer wieder aufeinander stoßen müssen und weil vor allem auch dieser Apparat der Korruption des Gangsterstaates total dienstbar gemacht werden sollte.

Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, daß die christlichen Kirchen in

Hitlerdeutschland heute froh wären, wenn sie jene Trennung von Staat und Kirche hätten, die von den Marxisten gefordert wird. Das Dritte Reich will ihnen nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch das Eigentum nehmen. Man hat Volkshäuser, Zeitungen, Sportplätze, Arbeiterbänke geraubt — warum soll man nicht Kirchenschätze und Gotteshäuser stehlen?! In einem Flugblatt, gezeichnet vom Bruderrat der Bekenntnissynode, heißt es:

»Willkür und Verlogenheit sind in der Kirche zur Herrschaft gelangt... Die Reichskirchenregierung verleugnet die zehn Gebote, sie kämpft mit der Lüge gegen die Wahrheit, mit gewaltsamem Raub gegen das Recht...«

Wir wußten das schon länger, in verschiedenen Ländern aber gibt es Bürger, die haben heute, nach solchem Aufschrei deutscher Kirchen, noch nicht begriffen, um was es in diesem Kampfe geht. Niemand kann sagen, wie nach diesem Schisma der hitlerdeutsche Kirchenzerfall weiterlaufen wird. Will man die bekennnistreue Richtung verbieten? Wird man gegen den Steuerstreik vorgehen? Hinter den Bekennern des Evangeliums steht nicht nur die gesamte protestantische Weltkirchenbewegung, sondern auch ein beträchtlicher Teil Naziwähler. Die in Süddeutschland eingesetzten Hitlerkreaturen predigen vor leeren Kirchen, die der Opposition sind überfüllt. Was der ewig schwankende Osaf auch tut oder redet — das Fiasko ist vollständig! Auf dem Kampfplatz bleiben die Trümmer einer vorgestern noch einigen, starken Kirche.

Der Diktator

Der Mann, der die Karten in diesem trüben Spiel mit dem historischen Vermächtnis des deutschen Reformators gemischt hat, ist der Ministerialdirektor Dr. Jäger. Als Pfarrerssohn kam er in einem Dorfe bei Wiesbaden zur Welt. Später Leutnant der Reserve; auch im Krieg. Schließlich in der Republik Landrichter in Wiesbaden. Ein »alter Kämpfer« frei nach Hitler. Freilich, er ließ es sich nicht so merken, diweilen der Justizminister ja noch ein Republikaner war. Wie viele dieser Jägers mag in Deutschland

eigentlich überhaupt gegeben haben? Mit einem einzigen Sprung war der kaum bekannte kleine Landrichter im Reichsministerium in unmittelbarer Adiatenstelle bei Herrn Frick, als Herr Jäger nach dem Januar 1933 nicht mehr auf dem gegebenen Boden der Tatsachen zu heucheln brauchte. Bei den »Deutschen Christen« ist er zweithöchster Verbandsfunktionär. So leitet er die Kulturabteilung des Reichsministeriums.

Ein ganz klassischer brauner Typ, der Herr Reserveleutnant und weiland Landrichter: der unsterbliche Wehrhahn mit dem Hakenkreuz.

Mit Polizei drang er höchstpersönlich, der Herr Ministerialdirektor, vor knapp vierzehn Tagen ins Gebäude des Landeskirchenamtes in München ein. Ein paar alte und weißhaarige Kirchenräte, die sich den Schwerbewaffneten entgegenstellten, wurden in ein Konferenzzimmer gedrängt. Nach der Legitimation befragt, schnarrt der Herr Leutnant: »Ich bin Ihr Vorgesetzter«. Als eine Aussprache abgelehnt wird, dröhnt die Kommandostimme des Ueberfallskommandeurs: »Dem Zustand der Meuterei und Rebellion muß ein Ende gemacht werden!« Den Oberkirchenrat Baum schnauzte er so an, daß der ihm im Gehen sagte: »Herr Ministerialdirektor, ich bin ein alter Mann und habe nicht mehr weit bis zum Ende. Ich weiß, daß Sie alles, was Sie hier tun, einstmals vor Gott, dem Richter, verantworten müssen. Ich beneide Sie nicht darum.« Der Herr Ministerialdirektor — warum wäre man Pfarrerssohn, um auf solchen Sermon zu achten — kniff verächtlich das linke Auge zu...

Das ist ein Ausschnitt, sicherlich noch nicht einmal der Dramatischste, aus dem, was man im Hitlerreich jetzt als Kirchenkrieg kennt. Historisch gesehen: der Protestantismus erlief jetzt, was er in der Reformationszeit gesät hat, als er unter die Schürze des Staates kroch, um sich vor dem Zugriff der Gegenreformation zu schützen. Die besonders demütige Art des deutschen Staatskirchentums glaubte Herr Hitler mit Leichtigkeit für sich und seine Parteidеспотie ausbeuten zu können.

Mieter in Not

Wie auf allen Gebieten, so haben die Nazis auch im Wohnungswesen nichts von ihren Versprechungen eingelöst. Die »Deutsche Mieter-Zeitung« vom 1. Oktober 1934 bringt einen großen Artikel über »Notstände im Wohnungswesen«, der ein einziges Klageglied über die unhaltbare Lage der Mieter ist. Darin heißt es über das Kündigungsrecht der Hausbesitzer:

»Von diesem erweiterten Kündigungsrecht wird in zunehmendem Umfange willkürlich und ohne soziale Rücksicht auf die Mieter Gebrauch gemacht. Daran hat auch bisher die nationale Erhebung nichts zu ändern vermocht.«

Mit dieser unsozialen Handhabung des Kündigungsrechtes sollen die Mieten gesteigert werden, wie die folgende Äußerung beweist:

»Eine besondere Verschärfung der Notlage bedingen die ebenfalls aus allen Reichsgebieten gemeldeten Mietzinssteigerungen für die stark begehrten Kleinwohnungen und bisher noch preiswerten Mittelwohnungen. Ist der Mieter aus irgendeinem Grunde zum Wohnungswechsel gezwungen, so bedeutet das für ihn in der Regel nicht nur eine Belastung mit den Umzugskosten, sondern gleichzeitig auch eine neue, oft genug mit seinem Einkommen in schwerem Mißverhältnis stehende, dauernde Mehrbelastung durch den höheren Mietzins für die neue Wohnung. Denn nur in Ausnahmefällen sind die Hausbesitzer heute noch bereit, freierdende Wohnungen zur gesetzlichen Miete weiter zu vermieten. Mietzinsforderungen bis zur doppelten Friedensmiete, zumal bei bisher noch verhältnismäßig billigen Wohnungen, sind keineswegs selten.«

Besonders bemerkenswert sind die Klagen über die Verhältnisse für kinderreiche Familien:

»Ungeheuren Nöten sind sie ausgesetzt, wenn sie sich auf Wohnungssuche begeben müssen. Trotz aller Aufrufe und ersten Mahnungen der Führerschaft der Hausbesitzerverbände hat die Kinderfeindlichkeit weiter Kreise der Hausbesitzer-Gefolgschaft nicht beeinträchtigt werden können. Nur in seltenen Ausnahmefällen zeigt man sich völkischen Ermahnungen und moralischen Einwirkungen zugänglich. Ein Zwang zur Aufnahme einer Familie kann seit dem Wegfall des Wohnungsmangelgesetzes (31. März 1933) auf keinen Vermieter mehr ausgeübt werden. Gerade kinderreiche Familien sind deshalb immer wieder einmal auf das »notdürftige« Obdach angewiesen, das ihnen die Polizei-

behörde, aber auch nur im dringenden Notfalle, zu gewähren hat. Das in diesem Sinne zur Verfügung gestellte Obdach spottet in zahlreichen Fällen jeder Rücksichtnahme in kultureller und sittlicher Beziehung auf das Familienleben, spottet der aller-einfachsten, berechtigten Ansprüche eines deutschen Menschen auf seine Behausung. Den Gemeinden müssen deshalb unbedingt wieder neue Rechte gewährt werden, die sie ermächtigen, dringender einer Wohnung Bedürftige, in erster Linie kinderreiche Familien, in leerstehende oder freierdende Wohnungen unterzubringen.«

Die größte Sorge bereitet den Mietern aber die Ermäßigung der Hauszinssteuer ab 1. April 1935. Darüber schreibt die »Deutsche Mieter-Zeitung«:

»Eine besondere Sorge drückt die von der Hauszinssteuer befreiten Mieter. Mit Wirkung ab 1. April 1935 wird die Hauszinssteuer um 25 v. H. gesenkt. Der letzten Ermäßigung der Hauszinssteuer ab 1. April 1932 ging eine Minderung der gesetzlichen Miete von 120 auf 110 v. H. der Friedensmiete ab 1. Januar 1932 voraus. Tritt eine ähnliche Mietsenkung in Verbindung mit der bevorstehenden Hauszinssteuersenkung nicht ein, dann wirkt die Ermäßigung der Hauszinssteuer allein zugunsten des Hausbesitzers unmittelbar als Mietsteigerung gerade für die wirtschaftlich schwächsten Schichten der deutschen Mieterschaft. Da bisher über diese Auswirkung der Steuersenkung auf die Mieter nichts bekannt geworden ist, löst diese Unsicherheit immer wieder in hunderttausend deutschen Familien hoffend und befürchtend wechselweise die bange Frage aus: Wird wie 1932 so auch 1935 die Herabsetzung der Hauszinssteuer von einer allgemeinen Mietsenkung begleitet sein, um allen Volksschichten — Hausbesitzern und Mietern — eine Erleichterung ihrer Lebenshaltung zu verschaffen?«

Diese Frage ist bereits von der Reichsregierung eindeutig mit Nein beantwortet worden. Die Ermäßigung der Hauszinssteuer erfolgt nur zugunsten der Hausbesitzer. Die Mieter müssen ihre bisherige Miete weiterzahlen, vielleicht noch erhöht durch neue Steuern, um den Ausfall in der Reichskasse zu decken, der durch die Ermäßigung der Hauszinssteuer entsteht.

Die zweite Revolution — wie sie wirklich aussieht

Die »alten Kämpfer« haben vor dem 30. Juni von »zweiter Revolution« gemurmelt

— sie waren aber auch schon zufrieden, wenn sie in irgend einem Pöstchen unterkriechen konnten. Auch damit ist es seit langem nicht mehr. Das ungeduldige Wort des Herrn Krupp von Bohlen-Halbach: »Es muß endlich ein Ende haben mit den »alten Kämpfern«, kennzeichnet die Lage. Was von allen Hoffnungen der »alten Kämpfer« übrig bleibt, ist eine Abfindung durch ein paar Litzten:

»Der Chef des Stabes der SA. hat verfügt, daß, unter Fortfall des bisher gebräugten Armwinkels für alte SA-Männer eine neue Kennzeichnung eingeführt wird, um den altgedienten SA-Männern ein sichtbares Zeichen für ihre Treue und ununterbrochene Zugehörigkeit zur SA zu geben. Es handelt sich um verschiedene grausilberne Aermelstreifen, die am Aermelaufschlag des linken Unterarmes getragen werden.«

Es gibt breite und schmale Stufen in den verschiedensten Kombinationen, angefangen von zwei breiten mit zwei schmalen Streifen bis zu einem einzigen schmalen schmalen Streifen. Eine Verhöhnung der »alten Kämpfer«? Aber gewiß nicht! Die Macher des Dritten Reichs wissen, was sie von ihrem Material zu halten haben, und diese Litzengeschichte ist nicht nur ein Beweis ihres Zynismus, sondern zugleich ein Zeichen der wahren Gesinnung und der wahren Qualität des »revolutionären Willens« der alten Kämpfer.

Zwei Streifen in Grausilber je 12 mm breit, zwei Streifen je 4 mm breit — das ist die wahre zweite Revolution!

Die Barbaren

»Künftig wird in allen Schulen bei der Entscheidung über Versetzung und Prüfung besonderes Gewicht darauf zu legen sein, ob wie lange und mit welchem Erfolg Schüler und Schülerinnen in den »Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung tätig gewesen sind.« (Aus der »Bayrischen Lehrzeitung«.)

Kenntnisse Nebensache, Braunhemd Hauptsache! Resultat: Schwachmann mit Staatskarriere!

Die spanische Kommune

Vo. Sch., Barcelona, im Oktober.

Eigentlich ist es etwas vermessend, von dieser Stadt aus über die spanischen Ereignisse zu schreiben. Denn Catalonien ist tagelang von Madrid und dem übrigen Spanien fast völlig abgeschnitten gewesen. Und wiederum war die Hauptstadt von den Provinzen gänzlich isoliert, besonders von den wichtigsten und hartnäckigsten Zentren des revolutionären Aufstandes, d. h. vor allem vom Industrieviertel um Oviedo in der Provinz Asturien, der nordwestlichen Ecke der iberischen Halbinsel. Generalstreik und Standrecht trugen beides dazu bei, daß man über die wirklichen Begebenheiten in diesen Herden des Widerstandes nur das erfährt, was die Regierung bekanntzugeben für wichtig hielt. Was sich in diesem gebirgigen Bergwerksbezirk an Heidenhaftem und Grauenhaftem tatsächlich abgespielt hat — und, was die Grausamkeiten der Sieger betrifft, wahrscheinlich immer noch abspielen dürfte, wenn diese Zeilen erscheinen —, das wird man, wenn überhaupt jemals, erst viel später erfahren. Vermutlich hat man in London, Paris oder Prag einen besseren Ueberblick über die Gesamtlage in Spanien als in Madrid, Barcelona oder Sevilla.

Auch soll hier nicht vom katalonischen Problem als solchem die Rede sein. Es ist ebenso verworren wie unlösbar. Es kam gerade noch hinzu, um das politische Gesamtbild noch mehr zu komplizieren, teils durch seine nationalen, oder besser gesagt, lokalpatriotischen Faktoren, über deren Berechtigung an dieser Stelle nicht gestritten werden soll, zumal sie auf wirtschaftlichen und sozialen Ursachen beruhen, teils durch die heillose Zersplitterung und Konfusion seiner örtlichen Arbeiterbewegung (in der Anarchisten, Syndikalisten und Kommunisten tonangebend sind und ein an sich geistig hochstehendes Proletariat um die Wette verwirren.)

Catalonien sollte durch sein Eingreifen in den Kampf die Sache der Demokratie in ganz Spanien retten. Durch seine schnelle Niederlage hat es das Schicksal der gegen den drohenden Faschismus ringenden sozialistischen Arbeiter im übrigen Spanien nur noch rascher besiegt.

Die Analogie zwischen dem Februaraufstand in Wien und dem Oktoberaufstand in Spanien ist in mehr als einer Hinsicht frappierend. Vor allem in der politischen Ursache und im Zweck des Kampfes: beide Male handelte es sich um einen verzweifelten heroischen Versuch der republikanischen Arbeiter, durch Generalstreik und bewaffneten Aufstand den Faschismus abzuwehren.

Es gab allerdings mancherlei Unterschiede, einerseits zum Vorteil, andererseits zum Nachteil der spanischen Arbeiter. Moralisch und politisch war es ein Nachteil für die spanischen Sozialisten, daß von einem offenen, nachweisbaren Verfassungsbruch der Regierung kaum die Rede sein konnte. Die Linke war nun einmal bei den Parlamentswahlen unterlegen, die reaktionärste Partei, deren Führer Gil Robles selber oft genug betont hatte, daß er mit dem Faschismus sympathisierte, war als die weitaus stärkste aus den Wahlen hervorgegangen. Man mag darüber rechten, ob die Wahlen auf dem flachen Lande einwandfrei vor sich gegangen waren, ob das Schlüsselssystem für die Verteilung der Mandate gerecht war oder es nicht ein Fehler gewesen war, in einem katholischen Lande ohne demokratische Tradition das Frauenwahlrecht sofort einzuführen. Aber sicher bleibt der Unterschied übrig, daß während Dollfuß nur eine kleine Minderheit hinter sich hatte, als er durch sich häufende Verfassungsbrüche die sozialistischen Arbeiter bis zum Verzweifelten Aufstand provozierte, Lerroix formell im Rahmen der Verfassung handelte, als er eine Mehrheitsregierung unter Einschluß der stärksten Partei, nämlich der reaktionär-faschistischen Partei 'Gild Robles', bildete.

Daß er damit gegen den Geist der jungen Republik verstieß, daß der nächste Schritt eine zunehmende Faschisierung des politischen und ökonomischen Lebens gewesen wäre, das allerdings ist ebenso sicher. Das haben nicht nur die sozialistischen Arbeiter empfunden, als sie zu den Waffen griffen, das war auch die Auffassung weiter bürgerlicher und zum Teil durchaus gemäßigt - konservativer Kreise, die den Präsidenten der Republik Alcala Zamora mit bitteren Vorwürfen überhäufte und sich demonstrativ dem Parlament fernhielten. Das moralische Recht

zum Präventivaufstand für die Rettung der Demokratie soll keineswegs bestritten werden, aber es war jedenfalls nicht so eindeutig wie bei der österreichischen Sozialdemokratie im vergangenen Winter.

Dagegen war die spanische Arbeiterschaft insofern im Vorteil gegenüber der österreichischen Generalstreikparole überall dort, wo die sozialistischen Gewerkschaften vorherrschten, großartig befolgt wurde. Spanien ist von der Wirtschaftskrise viel weniger betroffen worden als die meisten Länder Europas, seine Arbeiterschaft war nicht durch langandauernde Arbeitslosigkeit demoralisiert. Während die Wiener Kommune bekanntlich schon deshalb zum schnellen Zusammenbruch verurteilt war, weil die Streikparole völlig verpuffte, ist die Lahmlegung des wirtschaftlichen Lebens im größten Teil Spaniens fast ebenso restlos erreicht worden wie während des Kapp-Putsches. (Lebenswichtige Betriebe, wie Elektrizitäts- und Wasserwerke waren allerdings hier ausgenommen.) Indessen gab es verhängnisvolle Ausnahmen: In den Provinzen, in denen die Anarchisten vorherrschten, also Andalusien (Sevilla) und Valencia, verhielt sich die Arbeiterschaft passiv. Aus Haß gegen die Sozialisten machten sie nicht mit. Auch dafür gibt es eine Parallele: 1920 im Kapp-Putsch erklärten sich die Kommunisten zunächst ebenfalls für „desinteressiert“. Allein hatten sie damals in Deutschland nichts zu bedeuten und so gelang es ihnen nicht, Kapp und Lüttwitz vor der Niederlage zu bewahren.

In Catalonien haben die Anarchisten zwar mitgestreikt, jedoch nur, weil es sich um eine offizielle Streikparole der Regierung Companies handelte, die man gefahrlos mitmachen konnte. Auf meinem Wege durch die Vororte Barcelonas, in der Nacht nach dem Zusammenbruch des Aufstandes der Companies-Regierung, traf ich eine Gruppe von Anarchisten und sprach mit ihnen über die Streiklage: „Morgen früh wird die Arbeit wieder aufgenommen.“ erklärten sie mir achselzuckend. „Der Streik ging ja sowieso nicht von uns aus, sondern von der Regierung der „Generalidad“ und die ist inzwischen unterlegen.“

Einer solchen Mentalität gegenüber ist man machtlos. Während der sieben Jahre Militärdiktatur Primo de Riveras waren die

Herren Anarchisten in Catalonien und Andalusien mucksmäuschenstill. Dann kam die demokratische Republik, in der die Sozialisten zunächst vorherrschten und u. a. die Todesstrafe abschafften; da fanden sie ihre Courage wieder, schmissen Bomben, griffen mit Pistolen und Handgranaten einzelne Polizisten oder „reformistische“ Gewerkschaftslokale an, trieben allerlei sonstigen blutigen Unfug, streikten die junge Republik zu Tode — aber einen verzweifelten Abwehrversuch gegen den drohenden Faschismus mitzumachen, fällt ihnen nicht ein. Das geht sie halt nichts an. Jetzt ist die Todesstrafe wieder eingeführt, nun wird man sehen, wo die Herren Anarchisten und Syndikalisten bleiben. Wahrscheinlich ebenso hübsch und brav zu Hause wie ihre italienischen Kollegen seit Mussolinis Machtergreifung.

Der Verlauf der Ereignisse in Catalonien ist geschichtlich betrachtet, für uns schon deshalb interessant, weil die Regierung Companies gerade das tat, was viele in Deutschland am 20. Juli 1932 von der Regierung Braun-Severing erwarteten: gestützt auf ihre „Schupo“ nahm sie den Kampf mit der Reichsgewalt auf. Das Endergebnis war: binnen einer Nacht waren die Verteidiger der Demokratie, denen es nicht an Tapferkeit, aber an schweren Waffen fehlte, durch einige wohlgezielte Artillerieschüsse zusammenkartätscht und zur Kapitulation gezwungen. Dabei hatte Companies die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich — das preußische Geschäftskabinet hingegen nur noch eine kleine Minderheit. Die wirtschaftliche Lahmlegung Cataloniens war nach der amtlichen Streikparole fast hundertprozentig — wie viele wären einer Streikparole im Sommer 1932 in Preußen gefolgt?

Auch im übrigen Spanien hat sich gezeigt, daß der Generalstreik, selbst ergänzt durch den bewaffneten Aufstand, nicht genügt, um eine Revolution gegen eine modern ausgerüstete Heeresmacht siegreich durchzuführen. Dabei spielt es wirklich nur eine sekundäre Rolle, ob dieser Kampf der Arbeiter und Republikaner rein strategisch glücklich geführt wurde oder nicht. Daß sich die Companies-Truppen in den Gebäuden des Regierungsviertels konzentrierten — anstatt sich auf die ganze Stadt und ihre Vororte zu verteilen — und nach den ersten

Das verfluchte Ich

Fiasko der Hitlerjugend-Erziehung.

Den Angehörigen der Hitlerjugend in Hamburg-Horn ging am 22. September 1934 der folgende „Befehl“ zu:

„An die Kameradschaft 3 und die Eltern der Kameraden. Wir stehen vor der Aufnahme des Dienstes. Die Horner H.J. hat umfangreiche Umstellungen des Dienstbetriebs in den letzten Monaten erlebt. Aber trotzdem wird bei uns noch immer nicht die Arbeit geleistet, die H.J. zu leisten hat, um ihren Anteil am Aufbau des dritten Reichs zu schaffen. Der Bann hat umfangreiche Umstellungen und Umsetzungen der Unterführerschaft vorgenommen, die sich die denkbarste Mühe geben, unsere Arbeit wieder hochzubringen. Aber der Grund dieser Versumpfung der Horner H.J. liegt bei euch.“

Bei euch hat ein Geist eingerissen, der schlimmer als der Geist einer verschundenen S.A.J. Wo ist eure Dienstauffassung? Die erste Pflicht eines H.J.-Jungen, Haltung und strengste Dienst-erfüllung, ist bei euch in Vergessenheit geraten. Ihr erscheint unentschuldig nicht zum Dienst und geht privaten, persönlichen Vergnügungen nach.

Bei euch gilt wieder das liberalistische „Ich“, ihr verneint das nationalsozialistische „Wir“.

Ihr veründigt euch gegen die Interessen der Nation. Ihr entschuldigdet euch vom Dienst, weil ihr zu einem Hochzeitsabmaus bei einem Bekannten wollt, ihr laßt euch wegen Ueberhäufung mit Schularbeiten entschuldigen und fahrt mit dem Rad spazieren. In der Schule entschuldigdet ihr eure unfertigen Schularbeiten mit dem H.J.-Dienst. Das sind keine Entschuldigungen, das sind passende Gelegenheiten, eure Dienstschaffheiten zu bemänteln, das sind Unwahrhaftigkeiten, die eines deutschen Jungen unwürdig sind — Wahrheit? — Ich kenne die vielfältigen Versuchungen, die in unserem Alter an uns herantreten und uns dazu verleiten, aber wir müssen im Entschuldigden hart werden... Wir werden gegen alle Saboteure unserer Arbeit jetzt rücksichtslos vorgehen, denn es gilt, das Ansehen der H.J. und somit der Bewegung zu wahren.

Aber auch alle Kameraden, die vor der Machtübernahme in der H.J. als Kämp-

fer gestanden haben und die jetzt glauben, es wäre Zeit, ihre persönlichen Interessen und Wünsche den Interessen der gesamten H.J. voranzustellen. Das ist Rückfall zum Liberalismus.

Kameraden, wir müssen alle die Kraft finden, im nationalsozialistischen Geist unsere Aufgaben erfolgreicher als bisher zu lösen. Auch jetzt heißt es noch für die H.J.: Verderben oder siegen!“

Das verfluchte Ich läßt sich nicht unterdrücken! Sie locken die Jugend, so wollen sie uns glauben machen — aber die Früchte ihrer Erziehung werden anders sein, als sie erwarten!

Der Gewerkschaftskrieg an der Saar

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Sehr interessant waren die Abstimmungen auf einer außerordentlichen Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet, die zur einstweiligen Entscheidung über den sogenannten Fall Pick nach Saarbrücken dieser Tage einberufen war. Es handelte sich mit darum, ob der von der „Deutschen Front“ der Korruption verdächtigte frühere Geschäftsführer Pick das Vertrauen der Mitglieder hat oder nicht. Obgleich die jungen braunen Leute des Schwerindustriellen Röchling alles nur Denkbare aufgebotes hatten, um die Abstimmung in ihrem Sinne zu beeinflussen, und obwohl von der Ortsverwaltung Saarbrücken selbst, die von den Nazis nach deutscher Methode einfach okkupiert ist, nur „alte Kämpen“ der Gleichhaltung designiert waren, erzielte der Verleumdete eine Mehrheit von 242 Stimmen gegen 135, die sich gegen ihn stellten. Davon waren aber allein von der O.V. Saarbrücken etwa 120 Stimmen abgegeben worden. Die „Deutsche Front“, die im Falle Pick eine so eklatante Niederlage erlitten hat, bereitet uns eine Konkurrenzgründung zum Christlichen Metallarbeiter-Verband bereits vor. Die Gewerkschaft soll also nur deshalb zerschlagen werden, weil der bisherige Leiter sich geweigert hat, das Parteibuch der Nazis käuflich zu erwerben. Demgegenüber nimmt der Verband, wie er durch

Geschützsalven in der Mausefalle saßen; daß in Madrid zwar großartig gestreikt, aber fast nirgends mit der Waffe gekämpft wurde (im Gegensatz zu Oviedo und dem ganzen Industrieviertel der Asturien) — diese und manche andere Eigentümlichkeiten hätten an dem Endergebnis doch nichts ändern können.

Daran ändert auch die nachträgliche Begeisterung der Zuschauer nichts, die den Heroismus der gefallenen oder gefangenen Kämpfer preisen, Protestresolutionen beschließen oder neue Weltkomitees ins Leben rufen.

Wäre es aber nicht nützlicher für die gesamte internationale Arbeiterbewegung, diesen Romantismus abzustreifen, mit der kleinbürgerlichen Schablone von der „geretteten Ehre“, von dem „heroischen Untergang“ und sonstigen Redensarten Schluß zu machen, mit denen man lediglich den Proletariern die Erkenntnis bitterer Wahrheiten erschwert und sie immer wieder in neue grausame Niederlagen hineinmanövriert?

Aus dem Zusammenbruch der deutschen Arbeiterklasse hat man, teils aus revolutionärer Romantik, teils aus gehässigem Vorurteil gegen den „Reformismus“ die notwendigen Lehren nicht ziehen wollen. Dann kam Wien. Hat man wenigstens aus den österreichischen Ereignissen gelernt? Siehe Spanien!

„Wie oft noch? Wie lange noch?“

Haben wir doch endlich den Mut — auf die Gefahr hin, Illusionen zu zerstören und als „Defaitisten“ gescholten zu werden — zu verkünden, daß sich gegen die reguläre, mit Artillerie, Tanks, Flugzeugen und Giftgas bewaffnete Heeresmacht heutzutage eine siegreiche Revolution überhaupt nicht durchführen läßt, am allerwenigsten, wenn man nicht einmal die Mehrheit des Volkes hinter sich hat.

Die Armee für sich zu gewinnen, oder wenigstens ihre Neutralität dadurch zu erreichen, daß man das Vertrauen des Volkes in die Diktaturregierungen aushöhlt und erschüttert, bis schließlich das Heer selbst sich von den unpopulär gewordenen Machthabern distanziert und löst, das ist die Aufgabe, denn es ist die Voraussetzung für eine siegreiche Revolution!

Daran laßt uns arbeiten — zielbewußt, frei von Dogmen, programmatischen Festlegungen und pseudo-revolutionärer Romantik. Um so sicherer kommen wir ans Ziel. Jeder andere Wege führt zu nutzlosen Hekatomben unter unseren besten Kampfgenossen und verlängert um Jahre die Sklaverei der Ueberlebenden.

die ihm nahestehende Presse mitteilen läßt, seine durch die schmähliche Verleumdungskampagne bisher so gut wie sabotierte Tätigkeit mit verdoppelter Energie auf.

Hansa-Bund entschlafen

Der Hansa-Bund hat auf seiner Hauptversammlung am 16. Oktober seine Auflösung beschlossen. Er wurde am 12. Juni 1906 gegründet — auf der Grundlage freihändlerischer und weltwirtschaftlicher Ideen, als Gegengewicht gegen die namentlich von den Großagrariern vertretene Hochschutzzollpolitik. Im Monopolkapitalismus hatte der Hansa-Bund schon längst nur noch die Bedeutung eines Ueberbleibels aus vergangenen Zeiten — er hat sich dafür um so stärker der sozialen Reaktion zugewendet und trug zur Entartung des deutschen Liberalismus bei. Nach dem Sieg der autarkistischen Ideen war der Hansa-Bund vollends ein Anachronismus geworden.

Gleichhaltung hat kurze Beine

Der amtliche Preußische Pressedienst teilt jetzt mit, daß der Regierungspräsident in Münster in gleicher Eigenschaft an die Regierung des viel unbedeutenderen Bezirkes Lüneburg versetzt worden ist. Der Regierungspräsident zur Bensen in Stettin (früher in Köln) aber und der Landrat Freiherr v. Solemacher-Antweiler in Bären, sowie der Regierungsvizepräsident in Hannover Graf von Wartensleben dagegen werden in den einstweiligen Ruhestand, — einstweilig in der Theorie und endgültig wohl für den Nazgebrauch — abgeschoben...

Alle drei Verabschiedete tragen die Würde des akademischen juristischen Doktors. Alle sind als gläubige Katholiken bekannt. Es handelt sich also um solche Beamte, die vom katholischen Standpunkt, sich bewußt von der Mehrheitsmeinung im damaligen Zentrum trennend, sich politisch gleichschalteten und dem dritten Reich ihre Dienste als in der Ochsentour erprobte Leute politisch widmen zu können.

Lerne kaufen, ohne zu zahlen!

Die Hitler und Göbbels kündigen jetzt einen harten Winter an, der schwere Opfer fordern werde. Um schwere Opfer zu bringen, haben die deutschen Massen nicht erst auf den Winter warten müssen, und daß Teuerung und Produktionsbeschränkung noch zunehmen werden, ist sicher. Trotzdem wäre es falsch, nun gerade den Höhepunkt der sich entwickelnden kritischen Situation für die bevorstehenden Wintermonate zu erwarten. Wenn die Nationalsozialisten so nachdrücklich auf die Schwierigkeiten des Winters hinweisen, so gerade deshalb, um dann triumphieren zu können, wenn der Winter leichter, als sie es ausgemalt haben, überwunden wird. Deshalb ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die Rohstoffnot, die zunächst den weiteren Wirtschaftsablauf bestimmt, erst im ersten Stadium ihrer Entwicklung ist!

Trotz der Verbote und Beschränkungen ist die Einfuhr in diesem Jahr bisher höher gewesen als in der entsprechenden Periode der beiden Vorjahre. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Verrechnungsabkommen die Möglichkeit geboten hatten, trotz der Devisenbeschränkungen die Einfuhr stark zu steigern. Selbst dort, wo für Rohstoffe vollständige Einfuhrverbote erlassen worden waren, wie zum Beispiel für Wolle schon vor sechs Monaten, wurden diese Verbote dadurch unwirksam, daß dafür die Einfuhr der betreffenden Halbfabrikate und Fertigwaren vermehrt wurden. Es ist charakteristisch, daß die Einfuhr von Fertigwaren im September 75 Millionen erreichte und damit nicht nur über alle Monatsziffern dieses Jahres hinausdringt, sondern auch die Durchschnittsziffer der Jahre 1932 und 1933 übertraf, die 61 respektive 58 Millionen betragen.

Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren betrug in den neun Monaten dieses Jahres im Durchschnitt 224,4 Millionen gegenüber einem Monatsdurchschnitt von nur 201, respektive 202 der beiden vorangegangenen Jahre.

Dem Volumen nach dürfte die Einfuhr übrigens zum Teil noch viel stärker gewachsen sein als dem Wert nach. Daß ein Milliardenbetrag dieser Einfuhr in den letzten Monaten nicht bezahlt worden, sondern eingefroren ist, erklärt zugleich, warum die bisherigen Beschränkungsmaßnahmen einen verhältnismäßig geringen Einfluß gehabt haben. Erst jetzt, wo die auswärtigen Exporteure und die Regierungen dem Schacht auf seine betrügerischen Schliche gekommen sind, ist die Fortdauer der Einfuhr in dem bisherigen Umfang in Frage gestellt. Schacht hatte das Problem: Lerne kaufen, ohne zu zahlen! ja wirklich meisterhaft gelöst, aber schließlich haben es sogar Holländer und Engländer gemerkt, und Schacht muß auf andere Arten gewinnbringender Betätigung sinnen.

Der hohe Stand der Einfuhr dieses Jahres hat sicher die Rohstofflager im Vergleich zu den Vorjahren anwachsen lassen, wenn auch ein Teil der vermehrten Zufuhr sofort von der vermehrten Produktion (Rüstungsindustrie) verbraucht worden ist. Im ganzen dürfte das Konjunkturratitut nicht unrecht haben, wenn es in seinem neuesten Vierteljahresbericht meint:

„Die Rohstofflage wird zur Zeit, abgesehen von den Einfuhrbeschränkungen und -regelungen, von folgenden Momenten bestimmt:

Fast alle Industriezweige, die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind, haben sich im Laufe des ersten Halbjahrs, meist auch schon im vergangenen Jahr und im Jahr 1932, in größerem Umfang mit Rohstoffen voreingedeckt. Vergleichsweise mit dem Stand von 1928 hat die Rohstoffversorgung durchgehend einen größeren Teil der Krisenverluste aufgeholt als die Rohstoffverarbeitung. Im Verlauf der letzten Monate mußten die angesammelten Vorräte zwar vielfach angegriffen werden (zum Beispiel in der Textilindustrie, in der Lederindustrie etc.). Die vorhandenen Lager dürften aber auch jetzt noch in gewissem Umfang verhindern, daß die Beschränkung der Einfuhr entsprechend auf die Produktion der verarbeitenden Industrien zurückwirkt. Der Verbrauch an fertigen Waren ist im allgemeinen durch umfangreiche Vorräte auf allen Stufen der Erzeugung und Verteilung gesichert.“

Daraus folgt aber, daß die Wirkung der Rohstoffnot nicht etwa ein im Winter plötzlich einsetzender und dann vorübergehender Zustand ist, sondern ein fortschreitender Prozeß, der voraussichtlich erst in mehreren Monaten seine vollen Wirkungen entfalten wird.

Schon Produktionsrückgang!

Ein gewisser Produktionsrückgang hat allerdings offenbar schon eingesetzt. Der letzte Bericht über die Produktionsentwicklung vom Ende August zeigt im

Vergleich zum Juli eine Abnahme des Werts der industriellen Produktion von 4.400 Millionen RM auf 4.310 Millionen; der Index des Produktionsumfanges (1928 = 100) ist von 88,8 auf 86,6 gefallen. Die Erzeugung der Produktionsgüter stieg dabei leicht von 82,8 auf 83,1 an, aber die Erzeugung der Konsumtionsgüter fiel von 97,9 auf 91,9.

Am stärksten war der Rückgang in der Textilindustrie von 103,2 auf 87,9 infolge der zwangweisen Verkürzung der Arbeitszeit. Die Textilindustrie, für die die Zwangsbewirtschaftung ihre Rohstoffe ja zuerst wirksam wurde, hat überhaupt bisher am meisten gelitten. In der Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen von Garnen und Geweben treten immer mehr Stockungen ein. Die neuen Abschlüsse machen, wie der Gesamtverband deutscher Baumwollwebereien berichtet, nur einen Bruchteil einer normalen Monatsmenge aus. Auf der ganzen Linie sind Reparierungen zu verzeichnen, selbst da, wo noch Lager vorhanden sind. Dabei werden in zunehmendem Maße Kunstspinnfasern verwandt. Diese verfälschten und verteuerten Gewebe sind für die Ausfuhr nicht zu gebrauchen. Die Zuteilung von Baumwolle (für Wolle gilt das gleiche) für Exportzwecke macht aber nach wie vor Schwierigkeiten. Und so kommt der Verband zu dem melancholischen Schluß:

„Ein Exportgeschäft wie früher ist nicht zu erreichen, da die deutschen Inlandspreise für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt im allgemeinen zu hoch liegen, was besonders für die Länder mit entwerteter Valuta zutrifft.“

Besonders wird von der ungünstigen Versorgungslage die Konfektionsindustrie betroffen. Namentlich in der Herrenkonfektion spielt die Ersatzstoffverwendung bereits für die Wintersaison eine entscheidende Rolle, während bei der Damenkonfektion die neuen „Mischungen“ erst für das Sommergeschäft in größerem Ausmaß in Verwendung kommen werden. Katastrophal aber ist die Wirkung auf den Export, der 1933 noch ca. 100 Millionen betrug. Die Schwierigkeiten, reine Gewebe zu exportfähigen Preisen zu erhalten und die Unmöglichkeit, bestimmte Lieferfristen einhalten zu können, erweisen sich neben den steigenden Preisen als immer stärkere Exporthemmnisse. Das hat aber bereits zur Abwanderung der deutschen Konfektionsindustrie besonders nach England und Holland geführt. In Manchester allein haben sich neun Firmen etabliert, die mit ihren Lieferungen noch in die Wintersaison hineinzu kommen hoffen; eine Auswahl anderer eröffnen die Fabrikation in London. Das bedeutet natürlich dauernden Verlust der deutschen Absatzmärkte, die ja auch für den Pelzhandel und die Diamantenschleiferei schon verloren gegangen sind.

Außenhandelskonflikte

Zu diesen Schwierigkeiten auf dem Innenmarkt gesellen sich nun immer größere in den Außenhandelsbeziehungen. Wir haben hier bereits den Konflikt mit den Vereinigten Staaten erwähnt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gläubigerländern erhalten die amerikanischen nicht die volle Bezahlung auf die Dawes- und Younganleihe, sondern nur 75 Prozent — auch dies nur, solange die Reichsbank noch die Scrips und Sperrmark zu den zugesagten Kursen ankauft. Die Ankündigung der Schlechterstellung erfolgte unmittelbar, nachdem die amerikanische Regierung in einer Note vom 10. Oktober der deutschen Regierung gegenüber die Erwartung ausgesprochen hatte, daß keine Diskriminierung erfolgen werde. (Schacht hatte früher wiederholt feierlich versichert, daß er daran nicht denke, aber was ist schon ein nationalsozialistisches Ehrenwort?) Denn „sie können unmöglich glauben, daß die deutsche Regierung, die die volle Bezahlung aller anderen Anleihegläubiger vornehme, entweder offen sich weigere, ihre unterschriebene Verpflichtung ehrenhaft einzulösen oder sich außerstande erkläre, eine Summe von weniger als eine Million Dollar zu transferieren, um ihre Verpflichtung zu erfüllen.“ Die einfältigen Amerikaner haben sich unterdessen nicht nur davon überzeugen können, daß es für Schacht schlechthin keine Unmöglichkeit gibt, eingegangene Verpflichtungen zu brechen, wenn es nur glaubt, das ungestraft tun zu können, sondern sie machen noch die weitere Erfahrung, daß Deutschland den Handelsvertrag mit ihnen kündigt, um von der Verpflichtung der Meistbegünstigungsklausel loszukommen. Deutschland droht, die Amerikaner nicht nur als Gläubiger, sondern auch als Warenlieferanten schlechter zu stellen als die Angehörigen anderer Länder. Damit will es handelspolitische Zugeständnisse erpressen. Die Amerika-

ner haben zunächst das deutsche Ansinnen, sofort in neue Handelsvertragsverhandlungen einzutreten — der alte Vertrag läuft noch ein Jahr — schroff abgelehnt. Unterdessen wächst die Beunruhigung in den anderen Ländern. Namentlich in Holland ist die Erregung sehr groß. Die Exporteure, die statt Zahlung unverwertbare Sperrmarkforderungen erhalten haben, sind in Liquiditätsschwierigkeiten. Der frühere holländische Minister Dr. Posthuma entwickelt folgendes Bild, das übrigens nicht nur für Holland, sondern mit einzelnen Modifikationen für fast sämtliche Länder gilt, die mit Deutschland Beziehungen haben:

„Unzählige Genossenschaften, Aktiengesellschaften und andere Firmen, die normalerweise gänzlich oder größtenteils von der Ausfuhr nach Deutschland abhängig sind, sind jetzt finanziell festgelaufen. Sie können nicht weiter arbeiten, die Banken stellen die Kreditgewährung ein und viele Familien sind vom Untergang bedroht. Inzwischen produziert die niederländische Wirtschaft und namentlich der Acker- und Gartenbau, zahllose leicht verderbliche Erzeugnisse,

an denen in Deutschland großer Bedarf besteht, die aber infolge dieser unerfreulichen Umstände in Holland auf dem Markte nicht zu kaufen sind. Dieser Zustand ist katastrophal. Es muß gehandelt werden, und es müssen Maßnahmen gegen diese unheilvollen Verhältnisse getroffen werden.“

Aber die Exporteure, Gläubiger und ihre Regierungen haben sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Statt sich zu vereinigen und gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, die den ungeheuerlichen nationalsozialistischen Schwindel vereiteln hätten, suchten sie, jeder für sich, durch Einzelverhandlungen Sonder Vorteile herauszuschlagen. Sie haben separat verhandelt und sind separat betrogen worden. Würden sich die Regierungen verständigen und z. B. die Zahlung für alle deutsche Exporte in eine gemeinsame Verrechnungskasse leiten, aus der Waren- und Finanzgläubiger befriedigt würden, so wäre dem Spiel des Schacht bald ein Ende gesetzt. Wie in der Rüstungspolitik lebt auch in der Wirtschaftspolitik das nationalsozialistische Regime von der Unentschlossenheit und Uneinigkeit seiner Gegner. Aber auf beiden Gebieten tut es freilich alles, um diesen Zustand allmählich doch zu beseitigen!

Dr. Richard Kern.

Achtung! Kriegsseife kommt wieder!

20.000 RM. Bürgschaft übernimmt die Sunlicht Gesellschaft A. G., Mannheim, dafür, daß diese von ihr hergestellte Seife keine schädlichen Bestandteile enthält.

Die Sunlicht Gesellschaft A. G., Mannheim, übernimmt die Gewähr dafür, daß diese Seife unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen hergestellt ist.

Aufdruck der neuen Sunlicht-Originalpackung.

Die bekannte Sunlichtseife hat seit kurzem ihre Originalpackung geändert. Die Sunlicht-AG. bürgt nicht mehr dafür, daß sie keine schädlichen Stoffe verwendet, sie erklärt vielmehr, daß ihre Seife „nach den gesetzlichen Bestimmungen hergestellt“ ist. Früher versprach sie: „Größte Waschkraft, mühelose Arbeit, Schonung der Gewebe.“ Jetzt ist das Feld, das diese Anpreisung ent-

hielt, leer. Auf der Deckelklappe stand früher „Schont die Wäsche.“ Jetzt ist das weggefallen. Am Schluß der Gebrauchsanweisung stand einst zu lesen: „Sunlicht-Seife ist wegen ihrer Reinheit auch für Hände und Körper vorzüglich geeignet.“ Jetzt ist an der Stelle, an der diese Worte standen, ein weißer Fleck.

Die gefährliche Gummischürze

Die Hitlerdeutschen können vor lauter Autarkie gar nicht mehr aus den Augen sehen! die selige Kriegswirtschaft meldet sich mit all ihren grotesken Erscheinungen wieder an.

Wenn die Rohstoffe ausgehen, die Devisendecke verkümmert und die Aufrüster das Kapital der Nation für Mordwerkzeuge brauchen, so muß der Ersatzstoff und die eingeschmolzene Messingklänge das Gleichgewicht wieder herstellen.

In den Blättern des Dritten Reiches hat man, wohl auf Anweisung des Propagandaministers Göbbels, den Segen der Sparsamkeit entdeckt, von dem allerdings die Herren Bonzen gewiß am wenigsten wissen wollen. Mal hier, mal dort taucht ein kurioses Rezept für die „Wiedererleichterung“ und „Neuaufforstung“ der devisenkranken deutschen Wirtschaft auf.

Wenn es nach den Quacksalbereien der Gleichgedenken ginge, wären die braunen Narren bereits längst so weit, aus neudeutschem Führer-Redekohl die heiß begehrten Rohstoffe autark zu fabrizieren.

Vor uns liegt eine Nummer der Tageszeitung der „Deutschen Arbeitsfront“, des „Deutschen“.

In diesem Blatt hat ein findiges Köpchen eine neue Möglichkeit, Reserven anzuhäufen, entdeckt. Die Gummischürzen der deutschen Hausfrau haben es ihm angetan. Gummi, so doziert das findige Köpchen höchst wichtig, sei ein sehr wertvoller ausländischer Rohstoff und es wäre wirklich ein ausgemachter Skandal, „welch gewaltige Verschwendung von Gummi“ selbst in nationalsozialistischen Kreisen an der Tagesordnung sei. Der Jahresverbrauch einer Hausfrau, so meint der „Deutsche“, betrage im Durchschnitt fünf Gummischürzen. Das sei, wenn man die Schürze mit 200 Gramm berechne, ein Jahresverbrauch von 1000 Gramm Gummi. Aber es kommt noch schöner: das was von den Schürzen übrig bleibt, verschwindet bestenfalls in Müllkästen, meistens wird es sogar verbrannt. Es liegt auf der Hand, daß wichtigere Gebiete des Wirtschaftslebens unsere bescheidene Gummieinfuhr dringend brauchen. Also, aufgemerkt, deutsche Hausfrau, und nur keine Materialverschwendung!

Was aber, so resümiert man, soll die braunbewußte deutsche Hausfrau nun verbinden, wenn man ihr die Gummischürze requiriert?

Vielleicht die Druckseiten der bombasti-

schen Führerreden, auf denen sie es ja so oft schwarz und weiß hat, wie gut und wie besser es ihr täglich geht! Pierre.

Worüber sie schweigen

Köstlich, so ein Elertanz, den ein gleichgeschalteter Redakteur als Briefkastenonkel manchemal ausführen muß, um seinen wißbegierigen Leser darüber hinwegzutrusten, daß er ihm seine neugierigen Fragen leider nicht beantworten darf.

Frägt da in der Nr. 259 der „Braunschweigischen Landeszeitung“ der vorwitzige „Neffe“ Bruno unverschämter Weise folgendermaßen an:

„1. Bekommen die zum Reichstag gewählten Abgeordneten auch Diäten, wenn der Reichstag nicht tagt? 2. Und wie hoch sind die Gehälter unserer Reichsminister?“

Der Briefkastenonkel hat einen schönen Schreck bekommen. Er hat das Göbbelsche Pressekulgesetz von vorn bis hinten durchgelesen. Vor allem stach ihm der Paragraph 12 dieses Gesetzes in die Augen:

„Die Redakteure sind besonders verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was geeignet ist, die Kraft des Reiches nach innen und außen zu schwächen usw. ...“

Sollte er etwa riskieren, vor das Ehrengericht geladen oder gar von Herrn Göbbels höchst eigenfüßig in die Wüste geschickt zu werden? Fiel ihm ja nicht im Traume ein! Darum zückte er schließlich die Feder und schrieb folgende Antwort:

„1. Die Reichstagsabgeordneten erhalten keine Diäten, sondern ein festes Gehalt, das durch die Besoldungsordnung geregelt ist. 2. Die Gehälter unserer Reichsminister sind ebenso geregelt. Vor allem ist zu betonen, daß die Reichsminister die Repräsentationsausgaben von ihrem Gehalt decken müssen und keine Aufwandsentschädigung mehr erhalten.“

Punktum. „Neffe“ Otto wollte zwar eigentlich einiges über die Höhe der Bezüge wissen. Das hat der Redakteur im Eifer des Dienstes vergessen. Darum kann sich der neugierige Anfrager nach wie vor seine eigenen Gedanken darüber machen. Die Hauptsache ist, daß er sie nicht äußert. Denn mit dem Staatsanwalt ist nicht zu spaßen.

Zarte Hinweise...

„Schlimmste nationale Würdelosigkeit aber besudet es, wenn deutsche Mädchen Arm in Arm mit Jüdinnen sich am hellen Tage der Öffentlichkeit zeigen. — Vielleicht genügt der heutige zarte Hinweis, die bezeichneten Volksgenossen ihre wahre nationale Pflicht erkennen zu lassen.“ (Aus „Der Odenwälder“.)

Die „Zartheit“ der neudeutschen Rassenhetze ist bekanntlich weiterberühmt geworden!

Sombart mobilisiert die Mittelschichten

„Wird man eine Bewegung solange nicht als Überwinden ansehen dürfen, solange sie nicht... auch in ihren wissenschaftlich-nationalen Teilen zerstört ist. Eine vermeintlich richtige Erkenntnis, in deren Besitz man sich wähnt, kann das Flückchen sein, an dem sich eine für erloschen gehaltene Bewegung wieder entzündet... Das gilt in ganz hervorragendem Maße von der sich ihrer Wissenschaftlichkeit stets rühmenden marxistischen Bewegung, die solange eine Gefahr bedeutet, als sie nicht auch in ihrem rationalen Teil überwunden ist. Hier bietet sich die Wissenschaft als Helferin im politischen Kampfe an, und der einsichtige Politiker wird diese Hilfe, die ihm von der Wissenschaft herkommt, gewiß nicht zurückstoßen.“

Sombart, Deutscher Sozialismus, S. 111

Das Ende der Nationalökonomie

Daß sich unter den Vertretern der deutschen Wissenschaft immer ein großer Prozentsatz von Charakterlosen befindet, die sich jeder regierenden Clique oder Partei anheften, ist nichts Neues. Sie verlangen nichts weiter, als brutal behandelt zu werden. — Dafür liefern sie dann jede Theorie. Es wäre auch in diesem Falle kaum der Erwähnung wert, daß sich der Professor Sombart dem „einsichtigen Politiker“ als Helfer anbietet, wenn nicht der Nationalökonomie ein besonderes Mißgeschick widerfahren wäre. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Faschismus einer nationalökonomischen Wissenschaft garnicht bedarf. Was er braucht, sind Wirtschaftspraktiker, Ingenieure, Betriebsleiter, Chemiker, Statistiker, Organisatoren, Spezialisten aller Art — Professoren der Nationalökonomie? Was können ihm die noch sagen? Daß das freie Spiel der Kräfte des Kapitalismus nicht mehr funktioniert, vielmehr das Staatsgefüge sprengt — das haben die Unternehmer längst selbst begriffen, eben darum haben sie dem Nationalsozialismus zur Macht geholfen, teilen sich mit ihm in die Herrschaft und bedienen sich seiner. An die Stelle der Ausbeutung auf Grund gesellschaftlich-ökonomischer Gesetzmäßigkeiten tritt die unverhüllte Ausbeutung auf Grund nackter Gewalt. An die Stelle des Ausgleichs der Profiteure durch die Konkurrenz tritt der Ausgleich — vielmehr die Verteilung des Profits — durch den Staat nach Machtgesichtspunkten, an die Stelle des technischen Fortschritts nach dem Diktat der Konkurrenz tritt die technische Fortentwicklung oder auch der Stillstand — je nachdem — nach dem Diktat des Staates.

Was soll da die politische Ökonomie zu sagen haben? Wenn schon eine Wissenschaft, dann braucht der Faschismus hier höchstens die Kriegswissenschaft. Sie hat mitzureden in der Frage, wo Höchststand der Technik und Rationalität notwendig und wo schädlich. Auch Juristerei und Philosophie können dem Nationalsozialismus Dienste erweisen. Gilt es doch, ein neues Rechtsbewußtsein zu schaffen, nach welchem alles, was von Staatswegen geschieht, rechtens ist; der 30. Juni und Hindenburgs Testament, die Heiligkeit des Privateigentums und die Beschlagnahme der Vermögen der Arbeiterorganisationen. Gilt es doch, zu beweisen, daß der Nationalsozialismus die Krone der historischen Entwicklung ist und die Jahrtausende überdauern wird.

Kein Wunder, daß Professor Sombart mit diesem Lauf der Dinge gar nicht zufrieden ist. Da er immer einen guten Instinkt für politische Konjunkturen hatte, verzichtet er jetzt von vornherein darauf, etwa eine wissenschaftliche Theorie der „nationalsozialistischen Wirtschaft“ oder eine Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage und ihrer Tendenzen zu geben, die nur auf die Feststellung hinauslaufen könnte, daß gegenwärtig in Deutschland (und auch anderswo) die Gewalt beginnt, jene Rolle zu spielen, in der bis dahin die sogenannte unternehmerische Initiative gegläntzt hat.

Was Sombart bietet, ist neben einer angeblichen „Kritik“ des Marxismus (die so offenbar darauf spekuliert, daß deutschen Leser nicht mehr in der Lage sind, sich an Hand der Marxschen Literatur über die Richtigkeit oder Falschheit von Sombarts Behauptungen zu überzeugen, daß ein Eingehen auf diese Kritik sich erübrigt), ein

Bild des „Deutschen Sozialismus, wie ich ihn verstehe“. Sombart grenzt sich deutlich von Hitler ab. Nicht nur dadurch, daß er sich anbietet, dem Marxismus wissenschaftlich nun erst endgültig den Garaus zu machen, — was Hitler doch als seine eigenste Leistung für sich selbst in Anspruch nimmt — sondern noch mehr dadurch, daß er ausgerechnet Männer, wie Otto Strasser und die des ehemaligen „Tat“-Kreises als beste Vertreter eines deutschen Sozialismus anführt, um dann fortzufahren „aber einen deutschen Sozialismus, wie ich ihn verstehe, haben wir trotzdem... noch nicht.“

Sombarts „Deutscher Sozialismus“

Sombart sieht sich also veranlaßt, seinen eigenen Sozialismus zu entwerfen. An und für sich ist das im Dritten Reich eine unerhörte Anmaßung, die ihm auch schon einen gehörigen Ruffel durch die nationalsozialistische Presse eingebracht hat. Uns könnte es gleich sein, was sich ein Sombart oder irgendein anderer der gleichgeschalteten Professoren für ein Idealbild vorgaukelt, wenn sich nicht Sombart durch dieses Buch zum Wortführer einer — vorläufig allerdings zum Schweigen verurteilten — kleinbürgerlichen und stockreaktionären Richtung innerhalb des Nationalsozialismus aufwürfe, der unter

So ist denn auch die vom Staat gesetzte Rangordnung eine göttliche und damit eine ewige. Folgerichtig fordert Sombart auch die „Beständigkeit der Lebensverhältnisse“ als eine Voraussetzung der ständischen Gliederung. Abkehr von der Fortschrittsideologie, die das „ökonomische“, d. h. kapitalistische Zeitalter, auszeichnet. „Denn nur als Teufelswerk kann gedeutet werden, was wir in den letzten einhalb Jahrhunderten erlebt haben.“ (S. 3).

Man sieht, Sombart ist weit, weit weg von der Wissenschaft der politischen Ökonomie. Er flüchtet zu Gott, der uns retten soll aus den Wirrnissen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, aus den Fesseln der übermächtig gewordenen Technik, aus der Allmacht des kapitalistischen Großbetriebes. Auf die unterste Stufe der sozialen Rangordnung will Sombart in seinem Sozialismus die Wirtschaft verbannt wissen, und innerhalb dieser auf die allerunterste den Großbetrieb. Die Landwirtschaft dagegen auf die oberste Stufe innerhalb der Wirtschaft.

„Großbetriebe, insbesondere industrielle... sind in jedem Falle als ein Uebel, wenn auch unter Umständen als ein notwendiges, zu betrachten.“ (S. 230).

Mit aller Klarheit kommt hier schon der kleinbürgerliche Charakter des Sombart-

„Kriegssozialismus“ von 1914—1918, dem der großkapitalistische Jude Walter Rathenau sein Gepräge gab?

Alles Gerede vom Korporativstaat, Ständestaat, Planwirtschaft, nationalem Sozialismus hat den einen Kern: Regulierung der Wirtschaft durch den Staat unter mehr oder weniger militärischen Gesichtspunkten.

Der Unterschied zwischen den einzelnen Richtungen besteht nur in dem Mehr oder Weniger des Vorherrschens militärischer Gesichtspunkte und in der bekannten Frage wer wen? Unterdrückt das Großkapital mit Hilfe des Staates den Mittelstand oder der Mittelstand das Großkapital?

In Deutschland ist die Entscheidung bereits eindeutig gefallen. Zugunsten eines Höchstmaßes an Militarisation — wogegen Sombart nichts einzuwenden hat — und zugunsten der Schwerindustrie —, weswegen Sombart in Opposition steht.

Die Rolle der Mittelklassen

Die deutsche Wirtschaft ist vollendet etatistisch, das heißt staatlich reguliert. Dieser regulierende Staat aber ist ein Werkzeug des Großkapitals geworden. Er ist daher auch „expansionslüstern“, also nicht nur militaristisch nach innen, sondern auch nach außen. Soweit darum in den kommenden Jahren eine bürgerliche Opposition im Dritten Reich eine Rolle spielen wird, kann es nur eine Opposition der Mittelklassen sein, deren wahre Interessen innen- und außenpolitisch durch den Nationalsozialismus des Großkapitals verewigt werden müssen. Es kann sein, daß sich diese Schichten mit Inbrunst auf Sombarts neues Evangelium stürzen werden, zumal er den Mut hat, sogar die Notwendigkeit neuer Parteien anzudeuten, die Verbandsbürokratie anzugreifen und sich schließlich auch noch zum Propagandisten größerer religiöser Freiheit macht.

„Das begreifliche Bemühen der siegreichen Partei, die Lücken, die der Fortfall der übrigen Parteien gerissen hat, auszufüllen... hat eine politische Verbandsapparatur geschaffen, die nach Ausdehnung und Betriebsamkeit etwas Ungewohntes ist. Doch dürfen wir darin, wie mich dünkt, eine Uebergangerscheitnung erblicken. In dem Maße, wie die Regierung erstarkt, gleichen Schritte andere Parteien wieder erstehen, und die Arbeitslosigkeit sich vermindert, wird auch die Wirksamkeit der politischen Verbände in ihre natürlichen Grenzen zurückkehren. Damit werden dann auch die beiden anderen Arten idealer Verbände: die religiösen und die Familie wieder zu ihrem vollen Recht kommen.“ (S. 231).

Sombart — wie das ganze Kleinbürgertum — ist nicht gegen den autoritären Staat. Sie wollen alle gerne leibseligen sein, wünschen aber eine ruhige, stetige Leibseligkeit, die auch Raum läßt für „Gemütlichkeit“; das ist der psychologische Gegensatz zum viel turbulenten Großkapital.

In ruhigen Zeiten hat diese mittelständlerische Opposition unter dem Nationalsozialismus noch weniger Chancen, als sie unter den liberalen Regierungsformen gehabt hat. Welche Stoßkraft sie dagegen unter bestimmten Voraussetzungen (erschüttertes Regime, Auflösung aller Gesellschaftszusammenhänge, kraftvolle unabhängige Führung der Opposition) gewinnen kann, haben wir erlebt. Beachten wir weiter, daß das moderne Militär keineswegs eindeutig ans Großkapital gebunden ist, sondern seine Eigeninteressen in allen Staatsformen wahren kann, die eine genügende Regulierung der Wirtschaft ermöglichen, um übrigen aber einer gewissen „Massenbasis“ bedarf, so gewinnt das Sombartsche Buch an symptomatischer Bedeutung.

Sachlich bedeutet der Inhalt seiner Schrift nichts anderes als die Abdankung der theoretischen Nationalökonomie, die überflüssig geworden ist, und ihre Ersetzung durch die soziale Utopie. Handelte es sich nur darum, so könnte man das Ganze mit einer Glosse abtun. Uns scheint aber notwendig, eindringlich darauf hinzuweisen, daß wir immer noch mit der Möglichkeit einer Wiederholung jenes „Aufbruchs des Mittelstandes“ zu rechnen haben, der Hitler an die Macht gespült hat. Das verdient die aufmerksamste politische Beachtung, wobei der — völlig reaktionäre — Charakter der Wunschträume, denen der Mittelstand nach-

Trauergefolge



gewissen Bedingungen politische Bedeutung zukommen kann. Und wenn nicht gerade durch die Gegenüberstellung des mittelständlerischen Ideals Sombarts und der wirklichen Wirtschaftspolitik der Nazis der großkapitalistische Charakter des Nationalsozialismus sehr scharf demonstriert würde.

Es ist das soziale Ideal eines Teiles der Ermordeten vom 30. Juni, auch das soziale Ideal des Generals Schleichers, das Sombart konzipiert.

Welches sind nach Sombart die sozialen Elemente eines deutschen Sozialismus?

Die Gesellschaft muß nach Sombarts Konzeption hierarchisch gegliedert sein, nach „Ständen“, die ihrem sozialen Range nach abgestuft sind und deren Mitglieder wiederum verschiedene soziale Rangstufen bekleiden.

„Vom Kaplan bis zum Kardinal... vom Karrenschlepper bis zum Betriebsleiter, vom besitzlosen Blüthen bis zum Großbauern weist jeder echte Stand eine wohlgedachte Abstufung der einzelnen Grade auf, die auch äußerlich in Erscheinung treten muß.“

Diese soziale Rangordnung wird vom autoritären Staat gesetzt. Denn der autoritäre Staat, aufgebaut auf dem Führerprinzip, ist die oberste ordnende Instanz, ist das unmittelbare Werkzeug Gottes.

„Nur von Gott kann der oberste Führerwille seine Weisung erhalten, von Gott als dem Führer der Welt. Wer das Führerprinzip ganz erfährt und ernstlich bejaht, muß an eine fortgesetzte Offenbarung glauben. Ohne diesen Offenbarungsglauben schwebt das Führerprinzip in der Luft.“ (S. 213).

Ideals zum Ausdruck, mit scharfer Spitze sowohl gegen das Großkapital wie auch gegen das Proletariat. Letzteres lehnt Sombart etwas später als überhaupt unfähig, Träger eines Staatsgedankens zu sein, ab.

„Auf die proletarische Masse, zu der alle Unselbständigen gehören, und denen unsere lebhafteste Teilnahme gilt, wegen des schweren Loses, das ihnen das Schicksal zu tragen auferlegt hat, auf die proletarische Masse ist politisch kein Verlaß.“ (S. 296).

„Im schroffen Gegensatz zum proletarischen Sozialismus stellt er (der deutsche Sozialismus) in den Mittelpunkt seiner Teilnahme den Mittelstand; man mag ihn deshalb als mittelständischen Sozialismus bezeichnen (und verketzern).“ (S. 296).

Wenn die Wirtschaft einen so tiefen Rang in Sombarts Zukunftstaats einnehmen soll, welcher Stand wird dann der höchstgeachtete sein? Derjenige, der für den Staat der wichtigste ist und das ist das Militär. Entsprechend ist auch die Rangordnung der Wissenschaften:

„Je nachdem die Disziplin dem Staate nützt, wird sie höher oder geringer gewertet werden: die Militärwissenschaft höher als die Literaturgeschichte usw.“ (S. 230).

Hier ist Sombart plötzlich hochmodern. Lassen wir die naheliegende Frage nach dem Charakter des Gottes, der ein Interesse an einem so militanten Staate haben könnte, und fragen wir lieber: „Wie kommt es, daß der mittelständische Sozialismus im Endeffekt auf dasselbe hinausläuft wie jener Nationalsozialismus Hitlers, der sich heute bereits als nichts anderes offenbart denn eine erweiterte und verbesserte Auflage des

Der Hausnazi

Von Max Baldauf.

ängt, recht gleichgültig bleiben kann. Daß nicht die theoretische Diskussion darüber entscheidet, wer bei einem Bündnis mit den Mittelklassen zuletzt Sieger bleibt, haben uns ja die Thyssen und Krupp bewiesen.

Sombart, der Theoretiker sieht den Weg des Mittelstandes noch an der Seite des Großkapitals, dem er sich deshalb auch als Preisfechter gegen den Marxismus anbietet. Das beweist nicht, daß nicht auch umgekehrt der Mittelstand mit dem Proletariat gegen das Großkapital kämpfen könne!

H. W.

Ehrenbürgerbriefe — im Dutzend billiger

Wir lesen in einer Münsterländer Hakenkreuzzeitung:

„Ehrenbürgerbrief der Stadt Bevergern für den Chef des Stabes. Der Ehrenbürgerbrief, der aus Ziegenpergament gearbeitet ist, zeigt links das Geburtshaus des Chefs des Stabes... Der Entwurf des Ehrenbriefes stammt von... der Einband wurde hergestellt von...“

Wir zögern — das kommt uns alles so bekannt vor — das hat doch schon mal irgendwo gestanden — das kann doch nicht neu sein? Halt mal! Wie hieß es vor wenigen Monaten in einem Stettiner Blatt?

„Und während wir alle Pfingsten feierten, arbeiteten Graphiker und Kunstschler der Stettiner Handwerker-Schule an der würdigen Gestaltung der hohen Ehrenbürgerkunde für den Stabschef.“

Damals war's Stettin — diesmal ist es Bevergern; damals galt die Ehrung dem Stabschef — diesmal auch; damals hieß der Stabschef Röhm — diesmal heißt er Lutze. Und nächstes Mal?

Ehrenbürgerrechte schützen im Dritten Reich keineswegs vor dem Henker, Ehrenbürgerrechte sind überhaupt nichts besonderes mehr, Ehrenbürgerbriefe werden zu en gros-Preisen abgegeben; der Führerstab dürfte — die am 30. Juni verfallenen Stücke nicht mit gerechnet — schon einige Dutzend davon besitzen.

Die Ehre ist wohlfel geworden in Deutschland!

Die Wahrheit wird verhaftet

Die Staatspolizei stelle Frankfurt teilt mit: „Die Kaufleute und Vertreter Koloman Hilsenrath und Karl Ortseifen wurden wegen staatschädigenden Verhaltens von der Staatspolizei stelle Frankfurt in Schutzhaft genommen. Die beiden Kaufleute haben als Geschäftsreisende innerhalb der von ihnen besuchten Kundenschaft eine erhebliche Beunruhigung dadurch hervorgerufen, daß sie wider besseres Wissen zu Angstkäufen aufforderten. Bei diesen Gelegenheiten haben sie erklärt, daß Deutschland zur Zeit eine große Finanzkrise durchmache und Rohstoffe im Ausland überhaupt nicht mehr erhältlich seien. Bei dieser Gelegenheit weist die Staatspolizei stelle darauf hin, daß seitens des Staates mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen derartige

Dieser Roman ist auf hitlerdeutschem Boden gewachsen; er sei hier rezensiert mit einer Ausführlichkeit, die ihm zukommt. Im Mittelpunkt der Handlung steht Hans Schnaake, fünfundzwanzig, dunkelblond, Nase gewöhnlich, besondere Kennzeichen keine. Noch vor Jahren war er ein kleiner Bankbeamter, der aufpassen mußte, daß die Klatten und Tratten richtig eingetragen waren. Und wenn früh der Ressortchef kam, dann mußte Hans eine Verneigung anbringen und dazu sagen: „Guten Morgen, Herr Abteilungschef!“

Das änderte sich nach dem 5. März, denn Hans Schnaake hatte seit 1932 die richtige Witterung gehabt, gehörte der SA. an und wurde Scharführer. Jetzt grüßte der Ressortchef zuerst. „Heil Hitler“ sagte er, wenn er kam und wenn Hans im Betrieb war, denn der Dienst ging vor und der Andrang zur SA. war kaum zu bewältigen. Dann wuchsen die neuen gesellschaftlichen Verpflichtungen aus dem Boden — eine Faust hatte in Schnaakes Leben eingegriffen und ihn in das Licht hochherrschafflicher Salons gestellt. Zu dieser Faust gehörte Herr Direktor Müller, Farben und Lacke A. G., dick, rund, mit festen Kinnbacken, wie sich der kleine Moritz jeden Kapitalisten vorstellt. Jegliches bessere Haus kümmerte sich damals um einen Schutznaazi; Hans wunderte sich nicht lange, man war sozusagen die Lebensversicherung für Leute, die sich leisten konnten. Direktor Müller ließ ihm bei seinem eigenen Schneider — Pariser Atelier — sogar eine neue Uniform bauen. Jedes bessere Haus wollte den schneidigen Nazi haben. Die Konkurrenz war ungeheuerlich. Die neue Uniform war nicht nur schneide, sondern auch mit etwas Kleingeld versehen, was ja nicht zuviel verlangt ist, wenn man bedenkt, wie oft Hans nächtelang mit schlemmen, trinken, rauchen und die ältesten Damen durchtanzen mußte. War er nicht dabei, schmeckte den Gästen weder Kaviar noch Sekt; man konnte ja nie wissen, was für eine Welle plötzlich anrollte! Direktor Müllers Urgroßmutter war nicht ganz in

Ordnung, manchmal gabs auch Lohnabzüge oder Entlassungen zu regeln — Hans Schnaake war ein alter Bekannter vom Gaustaf, er hatte immer die neuesten braunen Anekdoten an Bändchen, da konnte nichts passieren.

Neben dieser Hauptfigur steht ab und zu Fräulein Adelheid, die Tochter des Hauses, mittelgroß, Wasserstoffsuperoxid, bei Lichte gar nicht so übel, besondere Kennzeichen keine. Fünfundzwanzig war sie auch schon, nicht ganz ohne Vergangenheiten, warum sollten sich die Beiden also nicht heiraten? Hans konnte Gruppenführer werden, SA. war alte Garde, Horst Wessel hatte ihr eigenhändig eine Nationalhymne gedichtet, für Hans gabs noch große Karriere — man abwarten, sagte sich Direktor Müller, Herrgott, sechzig Mille Mitgift sofort, dachte Hans und ließ die Kontoristin Liesel Schurig sitzen, obwohl er ihr die Heirat versprochen hatte, und schöner, mädchenhafter als Adelheid war sie auch. Aber ein deutscher Mann muß sehen, wie er vorwärts kommt, jetzt gehörte er eben zu den feinen Leuten, seine Mutter strahlte, wenn er von den Smokings und großen Abendtolletten erzählte, mit denen er Sekt trinken mußte. Es war genau so gekommen, wie Hitler versprochen hatte; alle Standesunterschiede waren aufgehoben, der Volksstaat angebrochen!

Nur manchmal, halb im Einschlafen, fühlt Hans unbehagliche Ahnungen; ihm will bedünken, als gebe es in diesem neuen Dasein durchaus verschiedene Temperaturen. Wenn in der inneren Politik sich antibürgerliche Wellen ankünden, hält die Villa Müller buchstäblich Tag und Nacht alle Arme für ihn geöffnet — flaut jedoch die Welle ab, so weiß man plötzlich wochenlang nichts von ihm und auch Adelheid wird am Telefon spröder. Aber vielleicht scheint das einem Scharführer nur so; vielleicht gehören schwankende Stimmungen nun einmal zu den kultivierten Herrschaften? Oder ist da doch irgendwas Mißes im Anzuge? Haben die feinen Leute dafür feinere Witterung? Ganz offenbar, denn das strahlende Märchen ging urplötz-

lich wie mit einem Zauberschlage zu Ende. Hier wird der Roman noch unvollkommener, es fehlen die Uebergänge, aber die bleibt uns ja das Leben auch oft schuldig. Unerwartet kam der Tag, da Röhm dem Erdboden gleichgemacht und die SA. sozusagen enthaupet ward. Ganz rasch sank Hans im Kurse. Die ganze Truppe wurde verkleinert, Schnaakes Gruppenführer war verdächtig, entzog sich allem weiteren durch die Flucht, und der Zorn des Osa traf die Unterführer bis ins dritte und vierte Glied. Vor den Stempelstellen sammelte sich die entlassene SA. in Scharen.

Kurz, eines durchaus nicht schönen Tages saß Hans wiederum im Büro so bedeutungslos wie 1932, war wiederum gewöhnlicher Zivilist, trat der Ressortchef ein, grüßte Hans wiederum zuerst: „Guten Morgen, Herr Abteilungschef!“ Mit dazugehöriger Verneigung. Manchmal erschien auch Herr Direktor Müller am Schalter. Er sah den ehemaligen Scharführer kaum, nickte höchstens flüchtig, und Hans kam sich so traurig vor, wie Chaplin in jenem Film, wo der reiche Mann abends in betrunkenem Zustand alles mit dem armen Teufel teilt, ihn küßt, umarmt, betastet, dust — um ihn vom Diener aus dem Palaste schmeißen zu lassen, sowie die Nüchternheit des Tages eintritt.

Voll häßlicher Menschenverachtung ist dieser Roman, zynisch und karg in der Erfindung. Und der Autor? Der bin vorläufig ich. Denn dieser Roman wurde leider noch nicht geschrieben, dafür aber hat er sich in Hitlerdeutschland hundertfach in verschiedenen Varianten abgespielt, das Leben dichtet nun einmal so unbekümmert drauflos und ist uns vorläufig den letzten Bericht schuldig geblieben. Allerhand wird noch passieren, wenn diese Hausnazi eines Tages ihre Memoiren schreiben und aus der Schule plaudern. Aber die feinen Leute mögen sich getrosten, für absehbare Zeit herrscht dichtes Schweigen, denn sie alle, alle sind ja bekleckert und ein Teil jener Korruption, die das ganze braune System zusammenhält.

Volkschädlinge rücksichtslos vorgegangen wird.“

Wir bezweifeln stark, daß durch dieses rücksichtslose Vorgehen der ständig steigenden Rohstoffknappheit abgeholfen werden kann. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als die Inhaftierung all jener Volksgenossen, die es wagen, Hunger zu haben oder gar zu frieren!

Ihr »Sozialismus«

Je rücksichtsloser das faschistische Regime sich als die Herrschaft des Monopolkapitalismus enthüllt, desto notwendiger haben es die Nationalsozialisten, alles, was in Deutschland geschieht, als Sozialismus hinzustellen.

Alle die Maßnahmen, die sich für die werktätige Bevölkerung in sozialer Hinsicht reaktionär auswirken, sind nach den Behauptungen der Nationalsozialisten Sozialismus. Die Festigung der kapitalistischen Klassenherrschaft, die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterschaft ist für sie Sozialismus.

Eine besondere Aufgabe kommt bei dieser Schändung des Sozialismus den früheren Gewerkschaftsblättern zu, die jetzt allesamt als Mitteltungablässe einer Reichsbetriebsgemeinschaft erscheinen. In der Holzarbeiter-Zeitung wurde unter der Überschrift „Sozialismus der Tat“ kürzlich berichtet, daß die Bauarbeiter in Stolberg in Sachsen „freiwillig“ eine Stunde für die Mutsch-

mann-Spende gearbeitet hätten. Dabei ist bekannt, daß in beinahe allen Fällen diese angebliche freiwillige Mehrarbeit durch Terror erpreßt wird. In der Notiz heißt es dann weiter:

„Sozialismus in anderer Form zeigt die Firma Bochmann, Strumpffabrik, Bentzen. Sie läßt einen Wohnungsneubau herstellen. Nicht alltäglich dürfte auch sein und soll deshalb nicht unerwähnt bleiben, daß das Richtfest des Neubaus im Speisezimmer des Bauherrn gefeiert wurde. Beide Male Sozialismus im Sinne unseres Führers. — Gibt es wohl einen besseren Weg zur Volksgemeinschaft?“

Mit diesem „Sozialismus“ des minderwertigen Kleinbürgers soll die deutsche Arbeiterklasse abgefunden werden!

Neudeutsches Liebeslied

Melodie: „Elslein, liebes Elslein.“ (Zupfgeigenhansl.)

Ach Elslein, unser Los ist hart,
ich wär so gern bei dir,
doch ach, der böse Rassewart
steht zwischen mir und dir.

Dein Stammbaum, liebes Elslein,
ist nicht so wie er sollt',
die Ahnenfrau ist nicht ganz rein,
und doch bin ich dir hold.

Im Sumpfe singt der Frosch breckeck,
der Be-De-Em schluchzt leis,
dein Ahnenpaß hat einen Fleck,
von dem der Pastor weiß.

Ach Elslein, liebes Elslein,
mein Sehnen ewig währt,
kann fürder nicht mehr Blockwart sein,
wenn jemand das erfährt.

So freie ich, wenn's draußen friert,
des Zuchtwards blonde Kuh,
sie hat die Ahnen wohl sortiert —
mein Herzleid kennst nur du!

Hugin.

Der rasende Stümper

„Dilettanten und Konjunkturritter...“

In der Deutschen Bühnenkorrespondenz wird einem hakenkreuzerischen Dramaturgen, Wolf Braumüller, das dramatische Wagnis zu eng und er enthüllt ein Theaterleid,

von dem er nicht einmal weiß, wie schlimm es ist. Warnend erhebt er die Feder gegen die „dramatische Produktion von heute“ und wirft den braunen Stückeschreibern vor, daß sie „den Gedanken der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit phrasenhafter Leitartikel = Gelehrsamkeit“ zu gestalten suchten oder historische Persönlichkeiten en Masse vergewaltigten. Ebenso entsetzlich sei die Verballhornung der germanischen Vorgeschichte, der Edda oder der Werke großer Autoren.

„Ehrfurcht vor den Werken deutscher Geistesheroen scheint überhaupt von vielen Autoren als unnationalsozialistisch ein für allemal abgelehnt zu werden.“

Naive Klage! Woher sollen Hitlers Barden diese Ehrfurcht haben, wenn der Geist verbannt, verbrannt, verfeimt wird?!

„Weiterhin scheint die fröhliche Muse aus der Dramatik der Gegenwart verbannt zu sein.“ „Ein Lustspiel, eine reizende Komödie zu schreiben, scheint als frivol verschrien...“ „Aber wir haben leider eine erschrecklich hohe Zahl von Dilettanten, die durch ihr Massenauftreten die keuschen Quellen wahrer dramatischer Dichtung nur allzu leicht verschütten können.“

„Wir sind es der Reinheit der nationalsozialistischen Revolution schuldig, diesen Kräften den schärfsten Kampf anzusagen...“

Namen nennt Braumüller nicht, sonst könnte sich herausstellen, daß aus „dem Heer der Konjunkturritter“ verschiedene braune Oberbonzen, wie Göbbels, Rust, Buchhorn etc. heraus ragen. Der verzweifelte Kritiker hat durchaus Unrecht und seine Dilettanten haben Recht. Denn aus

dem Göbbels Maulkorb kann kein Kunstwerk kommen, und gar Stücke „nationalsozialistischer Weltanschauung“ — was soll das eigentlich sein? Es gibt konservative, liberale oder sozialistische Kunstwerke, aber was soll der braune Schreiber eigentlich dramatisieren? Etwa die ausgebliebene Brechung der Zinacknechtschaft, oder die „Volksgemeinschaft“, in der Direktor Meier die Klassengegensätze beseitigt, indem er mit seiner Kontoristin tanzt? Oder die Konzentrationslager mit Bunker und Gefangenenmord? Nationales Denken hat seine Dichter seit Jahrhunderten, dazu bedarf es keines Nationaladismus. Die „fröhliche Muse“ jedoch, die lustige Komödie, wie soll die zwischen K-Z und Schutzhaft gedeihen? Die braucht Freiheit, wie jedes andere Kunstwerk. Man lasse in Hitlerdeutschland ein einziges lustiges Zeitstück zu, das auch nur milde einige „Schwächen“ der deutschen Gegenwart zeigt — und die Massen werden nur so strömen, sie werden auch das bescheidenste kritische Wort mit einem Beifall überschütten, der die Szene zum Tribunal und den Bonzen Angst und Bange macht. Nein, auch so ein aktuelles Lustspielchen dürfen die Oberbonzen nicht gestatten.

Was also die braunen Schreiber schließlich als ihre „Weltanschauung“ veranzen können, das sind die wirren Phrasen ihrer Demagogen. Und hier bedingt eine Verschwommenheit die andere, ein Dilettantismus den anderen. Der arme Pegasus der braunen Barden gibt nach einem unerschütterlichen Naturgesetz lediglich den unverdaulichen Phrasenmist wieder, mit dem er durch Rundfunk und felle Prosekulis tag-

aus, tageln gefüttert wird. Was will Braumüller nun eigentlich?!

H. Br.

Schiller marsch-marsch!

In der „Literatur“, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, läßt sich ein Mitarbeiter des längeren über neudeutsche Musik aus. Als nachahmenswertes Beispiel führt er ein Schiller'sches Gedicht an („Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei...“), das im Dritten Reich vertont wurde. Noten sind beigegeben, und unter den Noten steht zu lesen:

Das sind keine Achtel und Viertel — es ist die Sturmglocke der Führer, die den andern das Zeichen geben. Dies ist der Sinn des Canons, auch der Sinn der peitschenden Triole, der Sinn des Laufschrift marsch-marsch, in den hetzenden Achtein. Zuletzt überspringt die zweite Sturmkolonne das Worthindernis „vor den Freien zittert nicht!“

Schiller, antreten! Triolen hinlegen, aufstehen, hinlegen! Achtelnoten, Hände an die Hosennaht! Die Freiheit ist ein Hindernis, das übersprungen werden muß. Nun noch statt des Notenschlüssels ein Hakenkreuz — und der Ewigkeitwert gleichgeschalteter Musik ist gesichert.

Biologische Witze

Dr. med. Stachle über das Thema „Blut und Rasse“ in der Zeitschrift „Volksgesundheitswacht“:

„So kommt die Sichelzellenblutarmut ausschließlich bei Negern und Mulatten vor, niemals bei Europäern, auch wenn sie noch solange in den Tropen wohnen. Ferner kennen wir zwei weitere Krankheiten, die ausschließlich hereditär in jüdischen Familien

Worüber der „Angriff“ staunt

Die „Deutsche Kohlenzeitung“, Herbst 1934, lobt sich selber mit folgenden Worten:

Liebe Volksgenossen! Vor ihnen liegt ein unscheinbares Heft von 15 Seiten. Aber diese 15 Seiten umfassen ein Geisteswerk, das in der Kühnheit seiner Anlage und in der Tiefe seiner Wirkungen seinesgleichen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte sucht... Es stellt den großzügigen Versuch eines ganzen Berufsstandes, des deutschen Kohlenhandels, dar, sich ein eignes Lebensgesetz zu geben.

Wer wundert sich über dieses feurige Pathos? Wir nicht — aber der „Angriff“! Er wundert sich nicht nur, er gerät geradezu in heiligen Zorn:

Wer hätte gedacht, daß die Kohlenhändler ein Pathos besitzen? Es gibt ein Pathos der Verspätung. Täglich können wir politische Nachzügler beobachten, die angestrengt den Bau unsres Staates erklimmen und oben ein lautes Richtfest veranstalten... Bis in unsre Tage hinein wird überall noch Revolution gefeiert, und Worte, die in kritischer Stunde ihren großen Klang hatten, werden allmählich von Sprechern, Anwälten und Geschäftsführern abgeschrieblen.

Und jetzt ist die Reihe zu staunen an uns. Wir staunen darüber, daß der „Angriff“ staunt. Was haben ihm gerade die Kohlenhändler getan? Der ganze sogenannte „deutsche Aufbau“ dröhnt ja bis unter die morschen Dachsparren von allerhöchstem Pathos wieder. Die Kohlenhändler, die Buttergrossisten, die Bettfedernlieferanten, die Druckknopfhersteller, die Sargtischler, die Schnupftuchfabrikanten, sie alle, alle und abertausend Andere dazu empfangen täglich pathetischen Unterricht in der deutschen Presse und im deutschen Rundfunk — wie sollten sie nicht davon verdorben werden? Jede Denkmalsentwöhnung, jeder Minister-Spaziergang — man denke an Göbbels' Besuch in der Palme! — jede Straßenbenennung, jeder Schnauer des Führers wird zur Sensation aufgedonnert, jeder Fliegendreißig wird in die weltgeschichtlichen Wichtigkeiten eingereiht. Die Führer selbst geben den falschen Ton an, die Untertanen brauchen ihn nur nachzuzwitschern, um das mißtönende Konzert zu vervollkommen. Und ausgerechnet der „Angriff“ des Dr. Göbbels wundert sich über dieses Gezwitzcher! Una beschäftigt die Frage: was bliebe vom Dritten Reiche übrig, wenn Phrase und Pathos verschwänden?

Schmücke deine Zeitung!

Deutsches Blatt mit drei Köpfen und Skalpbehang.

Die Kämpfer wilder Volkstämme pflegen sich mit den Skalpen ihrer erschlagenen — und womöglich aufgefressenen — Gegner zu schmücken. Es wäre sonderbar, wenn gerade diese kannibalische Sitte in keinem neudeutschen Lebensbezirk getreuliche Nachahmung fände. Und richtig! Vor uns liegt ein kleines deutsches Provinzblättchen, das heißt:

Münsterischer Anzeiger
Westfälischer Merkur
Münsterische Volkszeitung.

oder bei Abkömmlingen von Juden auftreten; es handelt sich dabei um Speicherkrankheiten bestimmter Gewebesysteme, und es ist ein auszeichneter Witz der Biologie, daß diese Speicherkrankheiten nur Juden betreffen; selbst in der Krankheit kommt noch die Raffgier ihrer körperlichen Organe zum Vorschein.

Die medizinischen Schlußfolgerungen im „Dritten Reich“ sind wirklich von unübertrefflicher Originalität!

Propagandaregeln

Von Joseph Göbbels.

Berichte nur wahre Tatsachen! — Wahr ist eine Tatsache, sobald die Behauptung des Gegenteils ins Gefängnis oder Konzentrationslager führt.

Ueber Wahrheit und Unwahrheit einer Meldung entscheidet die Anordnungsweise. Erlagen ist z. B. die Meldung: Jude von SA-Leuten totgeschlagen. — Richtig ist sie, wenn gesagt wird: Precher Jude bespricht SA-Leute mit seinem Blut.

Die Wahrheit kann immer mit der größten Bestimmtheit auftreten. Darum wird eine an sich unwahrscheinliche Behauptung wahr, wenn sie ohne Wimpernzucken aufgestellt wird. Beispiel: Gelähmter Krüppel bei Fluchtversuch erschossen.

Laß dich nie auf Gründe ein! Begründungen zeigen nur, daß du deiner Sache nicht völlig sicher bist. Die Wahrheit braucht keine

Rührei mit Bratkartoffeln

Schmuckdiade in Braun

Rührei mit Bratkartoffeln ist ein gutes Gericht. Kant, Goethe, Napoleon, der Kaiser von Japan und viele andere Leute haben es schon gegessen, doch hatte das weiter keine Bedeutung. Jetzt hat ER auf einem Ausflug im Harz Rührei mit Bratkartoffeln gegessen, und schon ist's ein historisches Ereignis! „Die Braunschweigische Landeszeitung“ bespricht es in einem Leitartikel erste Seite rechts oben, Ueberschrift: „Der Führer im Harz. Das Erlebnis vom Königskrug.“ Und dann geht es los:

Der Bruchberg liegt hinter uns. Herrlichste Wanderung

durch uralten Harz!

Rückkehr über Oderbrück oder Königskrug? Richtig — in Königskrug war doch vor wenigen Tagen der Führer eingekehrt. Also Entscheidung: Marschrichtung Königskrug! Es dunkelt schnell, zudem kommt Nebel auf. Aber schon leuchtet der gelblich-trauliche Schein der Petroleumlampen — ja, so was gibt's Gott sei Dank noch hier oben im Harz! — aus der Veranda des Forsthauses auf. Bald stehen wir vor dem Hausherrn,

Papa Heise, einer prächtigen Förstergestalt mit klarem, offenem Blick. Und dann sitzen wir im „Privatzimmer“ in dem breiten, bequemen Sofa, auf dem Tisch die blitzsaubere Petroleumlampe mit ihrem matten Licht, vor uns dampfender Tee mit — Einlage, und hören zu, wie der Hausherr in seiner ruhigen Art von jenem Besuchstage erzählt.

„Also wir sind gerade mit dem Mittagessen fertig,

als ein riesenhafter Mensch eintritt und den Türhaken füllt: „Sind Sie eingereicht auf ein Mittagessen für eine größere

Das Naziblättchen hat also die Titel der von ihm erschlagenen und verspeisten Konkurrenzzeitungen unter der eigenen Firma angebracht, es hat sich über und über mit Skalpen behängt.

Wenn das Schule macht, wenn die Köpfe all jener Zeitungen, die im Frühjahr 1933 erschlagen wurden, und all jener, die später von selbst eingingen, nach und nach auf den Titelseiten der überlebenden nationalsozialistischen Parteiblätter auftauchen, dann werden bald ganze Druckseiten allein mit „Köpfen“ bedeckt sein, dann wird es bald deutsche Presseerzeugnisse geben, die mehr Köpfe als Leser haben.

Nun sage noch einer, es mangle der Hakenkreuzjournalistik an Köpfen!

Juristen wollen Recht sprechen

ein Arzt verhindert es.

In Stettin hat sich folgendes zugetragen: Eine Frau, der mit „Sterilisierung“ wegen Schwachsinn“ gedroht wurde, wandte sich hilfesuchend an einen jüdischen Rechtsanwalt. Der erklärte sich bereit, ihre Ver-

Begründung, dafür ist sie eben wahr. Die einzig überzeugenden und daher wirksamen Gegenargumente sind Drohungen mit Einsperren, Verprügeln, Boykott usw., besser noch die sofortige Anwendung dieser Mittel.

Glaubst du wirklich einmal, mit einem Gegner diskutieren zu müssen, weil er deinem Arm unerreichbar ist (Ausländer, Emigranten und anderes Untermenschengesindel), so antworte nie auf das, was er sagt, sondern auf das, was er gesagt haben mußte, um es dir möglichst bequem zu machen. Du sicherst dir so bei deinen Lesern den Ruhm eines unbesiegbaren Kämpfers.

Behaupte, daß der Himmel grün ist. Sobald du es oft genug sagst, ist es die Wahrheit. Beim erstenmal werden die Leute lachen, beim zehntenmal zweifeln, beim fünfzigstenmal glauben, beim hundertstenmal jeden in Stücke reißen, der den Himmel für blau erklärt.

Du bist es in jedem Falle, der die Wahrheit sagt. Wenn die Tatsachen nicht damit übereinstimmen wollen, — um so schlimmer für die Tatsachen!

Fürchte niemals, daß die Ereignisse dich Lügen strafen könnten. Denn was du früher einmal gesagt hast, das bestimmst du allein. Nachdem du z. B. deine Verheißungen nicht haast einlösen können, erklärst du: „Wir haben niemals irgend etwas versprochen.“ — Schon geht die Sache in Ordnung.

Schließlich hängt jeder Tatbestand von

Gesellschaft? Etwa 22 bis 23 Personen! Auf Fleisch wird kein Wert gelegt.“ Das war Gruppenführer Brückner, des Führers Adjutant. Die Frau Försterin will in die Küche gehen, um anzurichten. Auf dem halbdunklen Flur begegnet ihr ein anderer Mann, der höflich fragt, wo er eintreten könne. Sie geleitet ihn in die Veranda zu den anderen Gästen.

Heiliger Hubertus! Jetzt erst erkennt sie den Führer!

Aber Adolf Hitler nimmt gleich rechts vom Eingang an einem Tisch Platz. Zu ihm setzen sich vier Herren seiner Begleitung. Der Führer war mit seinem Wagen gleich auf den kleinen Hof der Försterei gefahren. Dann war Brückner vorangegangen und der Führer ihm sofort gefolgt. Des Reichskanzlers erste Bitte war, zunächst seiner Begleitung Essen zu reichen. Erst dann läßt er sich mit Appetit das mit Liebe und Begeisterung bereitete Mittagbrot,

Rührei mit Bratkartoffeln,

schmecken.

Da schrillt draußen das Telephon. Anruf aus Braunlage: „Soeben wird aus Clausthal-Zellerfeld gemeldet, daß der Führer in Richtung Braunlage weitergefahren sei. Wenn die Autos Königskrug passieren, möchte doch gleich Bescheid gegeben werden nach unten.“

Aber der Führer war auch hier schneller als der Draht.

Er saß schon beim Mittagbrot in Königskrug! Das bedienende Hausmädchen hat wohl ein wenig vor Aufregung mit der Schüssel gezittert. Durchaus verständlich. Das wäre

treten vor dem Erbgesundheitsgericht zu übernehmen. Darob geriet der ärztliche Beisitzer, Dr. Springborn, in helle Entrüstung. Ausgerechnet ein Jude wolle sich in Angelegenheiten der Erbgesundheit mischen? Das sei ja unerhört!

Aber siehe da — die Juristen, die zu entscheiden hatten, waren nicht seiner Ansicht. Sie stellten vielmehr fest, das Gesetz biete keinerlei Handhabe, um das Auftreten eines jüdischen Anwalts vor dem Erbgesundheitsgericht zu verhindern, und sie seien willens, sich an das Gesetz zu halten.

Dr. Springborn erklärte sich als Beisitzer für Befangen, das Gericht wurde beschlußunfähig, und der NS-Aerztbund leitete die Angelegenheit sofort an das Justizministerium weiter, um die „Lücke im Gesetz“ füllen zu lassen. Aber all das ändert nichts an der Tatsache, daß die Juristen des Erbgesundheitsgerichts zu Stettin die Zulassung des jüdischen Anwalts einstimmig befürworteten, obgleich gerade an dieser Stelle bestimmt keine „verdächtigen“ Beamten sitzen.

Sieger werden natürlich die Aerzte blei-

deiner Auslegung ab: Wir fühlen uns nun alle glücklich. Bitte, wer hindert Euch, Euch glücklich zu fühlen? Nur die Hetzer sind es, die das Volk unzufrieden und damit unglücklich machen. Niemand wird verhindert, sich glücklich zu fühlen, selbst der Häftling im Konzentrationslager nicht. Wer sich trotzdem weigert, der trägt selbst die Schuld.

Wenn du sichere X, Y und Z bis zu einem Datum, sagen wir bis zum 30. Juni, als strahlende Helden verhimmelt hast, so kannst du unter der Voraussetzung, daß am 1. Juli sie tote Leute sind, sie von da ab als Lumpen und Schufte bezeichnen. Erklärt dich einer für inkonsequent, so erwidre ihm: „Nicht ich. Der Gang der Ereignisse ist mitunter inkonsequent.“

Halte es nur mit den wahrhaft Guten! Wahrhaft gut ist der Mensch, der sich dauernd an der Macht behauptet. Je rücksichtsloser er dabei mit seinen Gegnern verfährt, um so besser ist er. Nur die Schufte geben ihren Gegnern Chancen. Der wahrhaft Gute schlägt tot, was ihm in die Quere kommt.

Nimm niemals etwas zurück, was du gesagt hast. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht...! Wer immer lügt, dem glaubt man stets!

(Mitgeteilt von Muckl.)

Arbeiterjahrbuch 1935

Wie wertvoll ein Arbeiterkalender für den antifaschistischen Kampf sein kann, der Gewinnung und klare sozialistische Linie

uns allen nicht anders ergangen. Aber dann spricht der Führer mit ihr, und — wie sie selbst sagt — „sofort wurde ich innerlich ganz ruhig.“

Nur einige Vertraute durften in das Privatzimmer — in dem wir jetzt saßen —, und das zwei Fenster hatte, die auf die geschlossene Veranda führten. Dort saß der Führer an einem Tisch unmittelbar an dem einen Fenster.

Hier stand ein Hausgast — eine junge Hamburgerin — die ganze Zeit, wohl 1½ Stunden, muksmüschentill, um dem geliebten Führer ganz aus der Nähe — kaum einen Meter weit entfernt — sehen zu können.

Das Mahl ist beendet. Der Führer ist ausgeruht. Nun geht es weiter. Das Wetter klart auf. Sonne liegt über dem Harz und über Deutschland.

Nun liegen schon Tage hinter dem Besuch. Aber in allen schwingt noch die innere Freude und Erregung nach, den geliebten Führer so nahe gesehen zu haben. Und immer wieder betont der Förster Heise: „Das schönste war das Schlichte, das Einfache an unserem Führer!“

Als wir hinaustraten, hat der Sternenhimmel sich über dem Harz gespannt.

Der Abendstern glüht in glitzernden Farben.

In uns klingt das eben Gebörte nach. Nie wird des Menschen Verstand das Wunder unserer Sternennacht erründen. Aber in Demut wollen wir dem Walten eines gütigen Geschickes danken, das Deutschland in tiefster Zerrissenheit den Retter schenkte!

ben. Viele Leute sind ja überhaupt der Ansicht, daß für die deutsche Rechtspflege nur noch Aerzte zuständig seien. Allerdings Irrenärzte.

Ihr lebt in Saus und Braus!

Ein eigenartiger Vorfall in den „Deutschen Werken“ in Spandau, die außerordentlich typisch für die Stimmung in der deutschen Arbeiterschaft ist, wird in Berlin von Mund zu Mund erzählt. In der genannten Spandauer Fabrik hingen eines Morgens plötzlich zwei Puppen in einer der großen Werkstätten. Die eine stellte „Lametta-Hermann“ in Uniform dar, die andere einen Schlosser in Arbeitstracht, die mit dem Finger auf die Göring-Puppe wies und die Inschrift trug: „Ihr lebt in Saus und Braus und wir können uns vor Hunger aufhängen.“ Gleich darauf erschien die Gestapo und sperrte den ganzen Betrieb ab, so daß die zweite Schicht nicht zur Arbeit antreten konnte. Trotz mehrerer Verhaftungen konnten die Täter nicht ermittelt werden.

mit belletristischer Lebendigkeit zu vereinen weiß, beweist das soeben herausgekommene, von Gen. Dr. Emil Franzel zusammengestellte „Arbeiter-Jahrbuch 1935“. In vorzüglicher Anordnung, reich an wirksamen Illustrationsmaterial, vielfältig im Unterhaltenden, wie eindeutig und erfreulich kompromißlos im Kämpferisch-Sozialistischen ist dieses Arbeiter-Jahrbuch geeignet, gerade auf dem Umweg über die Unterhaltung aufklärend und zielgebend zu wirken. Vom Standpunkt des unerbittlichen Kampfes gegen den antifaschistischen Ungeist, der die Köpfe verwirrt und die Herzen verdirbt — und dieser Gesichtspunkt ist für uns naturgemäß von entscheidender Bedeutung — kann das im Selbstverlag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei erschienene Jahrbuch nur vorbehaltlos begrüßt werden. Pierre.

Die Friedlichen

Wir danken Dir, Herr Gott, demütig für Deine Seuche.

Wir danken Dir, daß Du unsere alte Erde gesegnet hast mit Kriegen, Feuer und Rauch, damit sie in tausend Jahren ganz unser werde gedrängt vom Blut und von unserer Väter Staub.

Wir danken Dir, indem wir Söhne zeugen, die nach uns über den deutschen Acker gehen!

(Walter Erich Schäfer in »Westermanns Monatsheften«.)

Einer von den lyrischen Experten für Hitlers konsequente Friedenspolitik!

Volk ohne Arbeit

Massenerwerbslosigkeit der 25- bis 40jährigen — 3.3 Millionen Arbeiter weggezaubert

Nach den letzten amtlichen Veröffentlichungen soll die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland in 1 1/2 Jahren Hitler-Regierung von über 6 Millionen auf 2,39 Millionen (Ende September 1934) gesunken sein. Das sind, so schreibt ein Bewunderer des Nürnberger Parteitags „Erfolge, die alle Welt in Erstaunen versetzen.“ Wir sind über die Zahlenkunststücke der braunen Jongleure weniger erstaunt, nachdem wir wissen, daß die Zwangsarbeit der bisherigen Unterstützungsempfänger in der Landhilfe, als Notstands- und Fürsorgearbeiter eine nach Millionen zählende Erwerbslosigkeit amtlich unsichtbar gemacht hat. Einige Unvorsichtigkeiten der Lügenstatistiker haben diesmal unsere an dieser Stelle wiederholt gebrachten Berechnungen bestätigt. Im „regulären Produktionsprozeß“ sind heute nach den amtlichen Angaben 15,1 Millionen Arbeiter und Angestellte tätig. Unter Hinzuwählung der zu gleicher Zeit veröffentlichten Arbeitslosenziffer von 2,39 Millionen gäbe es demnach in Deutschland rund 17,5 Millionen Arbeitnehmer. Das Statistische Reichsamt verschweigt, daß diese Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten einschließlich der Arbeitslosen einige Millionen höher sein muß! In dem vor wenigen Monaten erschienenen Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1934 wird die Zahl der Arbeitnehmer mit 20.837.000 angegeben. Es fehlt demnach in der neuesten statistischen Mitteilung die Kleinigkeit von 3,3 Millionen Arbeitern! Im Dritten Reich sind also nach den noch sehr korrekturbedürftigen amtlichen Veröffentlichungen Ende September 1934 rund

5,7 Millionen Erwerbslose

vorhanden gewesen. Dabei bleibt die Zahl der Kurzarbeiter unberücksichtigt. Auch die Neueinstellungen der Rüstungsindustrie haben demnach nicht ausgereicht, die Massenerwerbslosigkeit einzudämmen. Das ganze Elend der deutschen Arbeiterklasse zeigt die vom „Institut für Konjunkturforschung“ soeben bekannt gegebene Altersgliederung der Arbeitslosen, die, wie immer, nur in Prozentsahlen veröffentlicht wird:

	Männer	Frauen	Insgesamt
bis unter 18 Jahren	3,1	12,0	5,0
18 „ „ 25 „	13,0	17,3	13,8
25 „ „ 40 „	46,9	39,9	45,6
40 „ „ 60 „	32,4	28,3	31,6
60 „ „ 85 „	3,7	1,5	3,2
85 und mehr Jahre	0,9	0,4	0,8

Es zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß das ganze Schwergewicht der Arbeitslosennot auf den werktätigen Männern und Frauen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren lastet. Das Dritte Reich hat im Verlaufe seiner Arbeitsschlacht die leistungsfähigsten Altersklassen lahm gelegt.

Da der Nationalsozialismus selbst nicht an eine auch nur bescheidene Arbeitsmarktbelebung glaubt, ist man bekanntlich auf das Auskunftsamt verfallen, diesem riesenhaften Arbeiterelend durch eine mechanische Auswechslung der Jugendlichen gegen ältere Arbeiter zu begegnen. Eine ganze Generation der erwerbstätigen Bevölkerung soll zu Rekruten gemacht und in die Arbeitsdienstlager kommandiert werden. Wie diese sog. „Schule der Erziehung zum neuen Arbeitertum“ aussieht, wird im Organ der Landarbeiter in „sozialer Beleuchtung“ aufgezeigt. Im Arbeitsgau Magdeburg-Anhalt haben die Zwangsarbeiter rund 100 Hektar bis dahin nur durch Sprunggewinnung genutzten Niedermoores mit einer 12 Zentimeter dicken Sandschicht überdeckt und den Landwirten neue Aecker gewonnen, die mit einer Ertragssteigerung von 35.000 Mark errechnet werden. Diesen in einem Jahr durch Zwangsarbeit geschaffenen Profit mußten 216 Arbeitsdienstsklaven erarbeiten.

Alliance Française

101, Blvd. Raspail, Paris (VIe)

Die praktische Schule für die französische Sprache

Direktor: Robert Dupouey

Wörter-Kurse für die vollständige Erlernung der französischen Sprache: Eröffnung am 3. November.

Jede Woche:

16 Stunden mindestens praktischer Unterricht (praktische Übungen in der Uebersetzung aus dem Deutschen ins Französische).

17 Vorträge.

1 Führung durch Paris.

Der Kursbeitrag beträgt monatlich 195 Francs für 4 Monate (November bis Februar) 500 Francs.

Karten nur für die Vorträge: Preis 80 Francs für einen Monat.

Die Gesamtkosten dieser Arbeitsdienstabteilung werden mit 170.000 Mark angegeben, so daß pro Kopf der Arbeitenden einschließlich der sachlichen Ausgaben 800 Mark jährlich aufgewendet worden ist. Das Arbeitseinkommen beträgt also einschließlich der Naturalverpflegung noch nicht einmal 15,40 Mark wöchentlich. Die sachlichen Unkosten müßten von diesem Schandlohn erst noch in Abzug gebracht werden. Das Blatt spricht von einer jährlich wiederkehrenden Ertragssteigerung von 20 Prozent der aufgewendeten Kosten, ohne hinzuzufügen, daß auch der zur Profitsteigerung privaten Bodenbesitzer gemachte Aufwand aus öffentlichen Mitteln fließt. Das vom Staat ausgegebene Geld, so argumentiert „Das schaffende Landvolk“ fließt

„soweit es nicht in der Arbeitslosenunterstützung erspart wird, allmählich infolge der vermehrten Steuereingänge wieder voll zum Staate zurück.“

Dieser Staat der „zur höheren Formung des deutschen Menschen“ den Agrariern Ar-

beitskräfte ohne Lohn zur Dienstleistung liefert, ist schon dankbar, wenn die Besitzer aus der ihnen mühelos geschaffenen Ernte wenigstens wieder Steuern zu entrichten bereit sind!

Wie hunderttausende dieser jungen Arbeitsklaven nach Ableistung des Arbeitsdienstes und unter Verzicht auf eine fachliche Berufsausbildung in den Produktionsprozeß eingegliedert werden soll, ist bisher nicht verraten worden, wenngleich die Riesenverwaltung in Berlin, Invalidenstraße, sich neuerdings den Beinamen „Arbeitsdank“ zugelegt hat und verspricht, den Arbeitsdienstlern nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsdienst Arbeitsstellen zu suchen. Auf jeden Fall sind wieder einige hundert Naziversorgungsanwärter in dieser Verwaltung beschäftigt!

„Der Arbeitsdienst ist“, wie „Der Deutsche Holzarbeiter“, mit gutem Recht verkündet, „die Schule für angewandten Nationalsozialismus.“

Futterkrippen en gros

Die Flut von Verordnungen, die sich Tag für Tag über Deutschland ergießt, staut sich zu einem Papierwall auf, unter dem das Wirtschaftsleben zu ersticken droht. Es gibt in Deutschland nicht weniger als 25 sogenannte Ueberwachungsstellen, die Erzeugung, Verbrauch, Ein- und Ausfuhr der verschiedensten Warengattungen regeln oder vielmehr regeln sollen. Die Wirksamkeit dieser vom Dritten Reich eingesetzten Wächter der Wirtschaft bekommt das deutsche Volk in immer bedrohlicher steigenden Preisen zu spüren. Was der Verbraucher aber nicht merkt, ist, daß er in den steigenden Preisen die riesigen Kosten der Versorgung der Nazibonzen mitbezahlen muß, die in diesen Ueberwachungsstellen untergekommen sind. Allein bei der Metallüberwachungsstelle, die sich jetzt Metallversorgungsstelle nennt, sind annähernd 300 Personen beschäftigt. Jedes von diesen neuen Aemtern hat einen eigenen Etat und erhebt eigene Gebühren. Die Ueberwachungsstellen sind also nicht nur ein Instrument in der Hand Schachts zur Prellerei der ausländischen Gläubiger, sondern außerdem noch eine Futterkrippe für die Nazis, die sich dort breit machen. Man wird an die guten alten Zeiten der Schlagbäume erinnert, da jeder der Hunderte deutscher Landesfürsten von allen, die ihr Gebiet passierten, einen Tribut erhob. Nur daß die Fürsten jetzt Führer heißen und daß aus Hunderten Tausende geworden sind, die das Recht für sich in Anspruch nehmen, von ihren „Untertanen“ ernährt zu werden.

Die Gebühren der Ueberwachungsstellen, die ein bis drei je tausend vom Werte der zu überwachenden Waren betragen, werden nicht nur einmal, sondern mehrere Male erhoben. Diese Aemter begleiten die Ware gewissermaßen von der Wiege bis zur Bahre und erheben von jeder ihrer Lebensäußerungen einen Tribut. Denn für jede ihrer Lebensäußerungen ist eine Genehmigung erforderlich. Nach der Schilderung der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist die Gebühr zu zahlen „bei der Herstellung der Metalle und ihrer Legierungen, ferner bei der Einfuhr und schließlich für jeden in Deutschland vorgenommenen Ein- und Verkauf, Verbrauch oder Verwendung von unedlen Metallen, soweit hierfür eine Genehmigung erforderlich ist“. Bereits bei einer einmaligen Erhebung der Gebühr für Erzeugung, Einfuhr und Verbrauch nur der vier Metalle, Kupfer, Blei, Zink und Zinn ergibt sich eine Summe von etwa einer halben Million! Die Ueberwachungsstelle für technische Erzeugnisse erhebt eine Gebühr für die Einfuhr der von ihr überwachten Ware in Höhe von drei je tausend, für die Einfuhr von Fellen und Häuten müssen zwei je tausend bei der Einfuhr und dann noch einmal beim Verkauf im Inland bezahlt werden. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schätzt die Kosten der Organisation dieser 25 Ueberwachungsstellen auf 15 Millionen Mark jährlich. Diese Schätzung bleibt aber sicherlich hinter der Wirklichkeit weit zurück. Denn so arg die Futterkrippenwirtschaft in der Industrie ist, die sich in dieser Schätzung ausdrückt, so ist sie doch nichts im Vergleich zu dem, was die Bauern zur Erhaltung des zu ihrer Knechtung aufgezogenen Reichsnährstands bezahlen müssen. Der Reichsnährstand hat vor kurzem seine erste Beitragsordnung bekanntgegeben. Darnach müssen alle landwirtschaftlichen Betriebe am 15. Oktober zum ersten

Male 1 vom Tausend vom Werte ihrer landwirtschaftlich benutzten Grundstücke bezahlen. Deren Gesamtwert beträgt 32,6 Milliarden, der Gesamtbeitrag also nicht weniger als 32,6 Millionen Mark. Das ist aber nur der erste Jahresbeitrag, dem noch ein zweiter folgen soll. Der Reichsnährstand hat dem Reichsfinanzminister jüngst die Höhe seiner Jahreskosten mit 80 Millionen Mark angegeben, der zweite Jahresbeitrag soll also anscheinend fast doppelt so hoch sein wie der erste.

Daß Parasiten am Volk sich als Retter des Vaterlandes aufspielen, ist in der Geschichte nichts Neues. Noch niemals aber sind Drohentum und Phrasentum so zum System erhoben worden wie im Dritten Reich.

Deutsche Führer

Eine der aufschlußreichsten literarischen Neuerscheinungen der letzten Zeit ist das im Verlag Otto Stoilberg, Berlin, erschienene »Deutsche Führerlexikon«. Dieses Werk, für das schon seit Monaten im Buchhändler-Börsenblatt Reklame getrieben wurde, sollte zu einem Standardwerk des Dritten Reiches werden. Aus unzähligen Lebensläufen wurden ca. 2000 dekorativste Autobiographien herausortiert, die die jetzt regierende nationalsozialistische Führerschicht in Glanz und Glorie zeigen sollten. Noch am 15. Juni 1934 kam aus München die hochamtliche Entscheidung: »Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP. keine Bedenken erhoben.«

Zwei Wochen später fand die Bartholomäusnacht vom 30. Juni statt, die mächtige Lücken in die Reihen der nationalsozialistischen Führerschicht riß. Das »Deutsche Führerlexikon«, das zu dieser Zeit bereits fix und fertig war, gibt in seltsamer Weise Kunde von den vorgenommenen Kameradenmorden. Zwischen den wortreichen Autobiographien der Führer klaffen weitere leere Stellen, die weißen Flächen sind schwarz umrahmt. Auf Grund dieser Lücken kann festgestellt werden, daß außer den 95 toten Naziführern, deren Namen bereits bekannt geworden sind, noch 44 Ermordete zu verzeichnen sind, deren Namen wir noch nicht kennen. Wohlgemerkt: Diese 139 Ermordeten rekrutieren sich lediglich aus der oberen Schicht der braunen Miliz, die im Führerlexikon Aufnahmen gefunden hatte. Die simpleren SA-Führer, ebenso wie die zahllosen Katholiken, Juden, Deutschnationale usw., die am 30. Juni und 1. Juli »gekillt« wurden, sind hier nicht mitgerechnet. Hitler aber sprach in seiner Reichstagsrede von 77 Opfern!

Nach dieser Leichenparade sehen wir uns im Führerlexikon die neue Herrschicht an, die Deutschland regiert. Es ist charakteristisch, daß sämtliche Führer, die hier verzeichnet sind, plötzlich bäuerlichen Ursprungs sind — schamhaft werden die alten Offiziersfamilien, die Pfarrergenerationen, die patrizischen oder adligen Ahnen unterschlagen, um sich dem Schlagwort »Blut und Boden« anzupassen. Das hindert nicht, daß man mitunter glaubt, eine polnische Armeeliste in der Hand zu haben. Da heißen die germanischen Führer: Kaminski, Kokotkiewicz, Lewandowski, Rebitzki, Rettelski, Rimarski, Pietruski, Piontek usw. Eine große Zahl der neu-deutschen Führer stammt aus Rußland. Fast alle russischen Provinzen, alle russischen »Fremdstämmigen« haben Vertreter in den deutschen

Führerstand entsandt. Alfred Rosenberg steht keineswegs allein, neben ihm sind zahlreiche Balten und Angehörige der russischen Weißgardisten zu hohen Würden im neuen Deutschland gelangt.

Merkwürdigerweise schlagen auch die Nichtarier in den veröffentlichten Lebensläufen ulkige Purzelbäume. Der Staatssekretär der Luftfahrt, Erhard Milch, der Sohn des Kommissionsrates Benno Milch, der auf dem Breslauer jüdischen Friedhof ruht, entstammt unversehens »brandenburgischen und niedersächsischen Bauernfamilien«. Sein Kollege Wronsky spricht nicht von der väterlichen Linie, er verweist auf die Mutter, die eine geborene Kieckebusch war, der Rest ist Schweigen. Auch Herr Dr. Spitta vom Reichsstand der deutschen Industrie, Unterabteilungsleiter der NSDAP, von dessen Familiengeschichte der Rabbiner Dr. Gronemann in Hannover soviel Schönes und Nichtarischer veröffentlicht hat, macht plötzlich die Entdeckung, daß die Familie Spitta eine »Hugenottenfamilie« sei, die schon vor Jahrhunderten nach Deutschland eingewandert ist.

Lustig wirkt auch des öfteren die Ausfüllung der Rubrik »Militärzeit und Kriegsauszeichnungen«. Gauleiter Kube, der große heldische Schreier, schreibt: »1917 kurze Zeit als Landsturmmann eingezogen, wegen eines Herzfehlers nicht im Felde.« Reichsminister Frick erklärt, daß er von 1907 bis 1917 in Pirmasens, von 1917 bis 1925 in München gewesen sei. Die Sehnsucht nach dem Heldentod war bei ihm nicht sehr stark ausgeprägt, um so mehr die Sehnsucht nach einem sicheren Druckposten. Göbbels macht einfach einen Strich, mag sich jeder dabei denken, was er will. Der Staatssekretär Feder bekennt, um diese Zeit eingehende finanzpolitische und volkswirtschaftliche Studien getrieben und den »Deutschen Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft« gegründet zu haben. Der Polizeipräsident Fuida in Flensburg, Häuptling des NS-Opferings, schreibt: »Während des Krieges im Interesse des Zivildienstes für unabhkömmlich erklärt.« So geht es weiter Seite um Seite. Heimkrieger neben Heimkrieger, Drückeberger neben Drückeberger, Führer neben Führer.

Schwarze Konten

Der Reichsschatzmeister der NSDAP hat am 26. September 1934 das folgende bezeichnende Rundschreiben an sämtliche Gau- und Kreisfinanzstellen erlassen:

Betreff: Führung von schwarzen Konten.

Es besteht Veranlassung, auf mein Rundschreiben vom 15. Dezember 1931, Seite 5, Abs. 1, hinzuweisen, wonach sämtliche Geschäftsvorfälle ohne Ausnahme im Journal zu verbuchen sind.

Die Führung von Nebenkonten ist grundsätzlich verboten.

Sollte künftig durch die Reichsrevisoren — gleichgültig, bei welcher Dienststelle — die Führung von schwarzen Konten oder Nebenkonten festgestellt werden, behalte ich mir vor, die Verantwortlichen unmissverständlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Hord; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.54), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.015 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.25 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeltschiff »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Präg. 48.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 190.163, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank. Filiale Karlsbad. Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Boegrad Nr. 51.905. Genaue Beschreibung der Konten ist erforderlich.